

Michael Kress, Ines Landwehr

Akzeptanz Erneuerbarer Energien in EE-Regionen

Ergebnisse einer telefonischen Bevölkerungsbefragung
in ausgewählten Landkreisen und Gemeinden

Diskussionspapier des IÖW 66/12



i | ö | w

INSTITUT FÜR
ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Michael Kress, Ines Landwehr

Akzeptanz Erneuerbarer Energien in EE-Regionen

Ergebnisse einer telefonischen Bevölkerungsbefragung
in ausgewählten Landkreisen und Gemeinden

Gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Diskussionspapier des IÖW 66/12
Berlin, Dezember 2012

Impressum

Herausgeber:

Institut für ökologische
Wirtschaftsforschung (IÖW)
Potsdamer Straße 105
D-10785 Berlin
Tel. +49 – 30 – 884 594-0
Fax +49 – 30 – 882 54 39
E-mail: mailbox@ioew.de
www.ioew.de

Förderung:

Die dieser Studie zugrunde liegende Bevölkerungsbe-
fragung wurde im Rahmen der Forschungsgruppe
EE-Regionen (www.ee-regionen.de) durchgeführt.

Kooperationspartner sind das Zentrum für Erneuerbare
Energien (ZEE) der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
(Gesamtprojektleitung) und das Institut für Landschafts-
und Pflanzenökologie der Universität Hohenheim.

Die Forschungsgruppe wird finanziert vom
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
im Förderschwerpunkt Sozial-ökologische Forschung
(FKZ 01UU0902C).



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



FONA
Sozial-ökologische
Forschung
BMBF

Zusammenfassung

Die politisch beschlossene Energiewende und der damit verbundene Ausbau erneuerbarer Energien (EE) kann nur durch regionales Engagement erreicht werden. Beispielhaft für ein solches Engagement sind die Zielsetzungen einiger Kommunen, ihren Energiebedarf in Zukunft vollständig auf der Basis von EE zu gewinnen. Um die mit dem regionalen Ausbau von EE verbundenen Einstellungen, Befürchtungen, Wünsche und Nachfragen der Bürger zu untersuchen, wurde im Rahmen des Forschungsprojekts „EE-Regionen“ eine telefonische Bevölkerungsbefragung von insgesamt über 2000 Bürger/innen in vier Kommunen mit dem Ziel einer EE-Selbstversorgung durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen eine prinzipiell hohe Akzeptanz des Ziels einer EE-Selbstversorgung. Die häufigsten Befürchtungen und Konflikte beziehen sich auf den Anbau von Energiepflanzen (z.B. Nahrungsmittelkonkurrenzen oder negative Einflüsse auf Artenvielfalt). Neben diesen Bewertungen einzelner Technologien geht der Bericht auch auf die Bewertung des politischen Prozesses (z.B. die Diskrepanz zwischen wahrgenommener und gewünschter Information) sowie Nutzungs- und Zahlungsbereitschaften der Bürger ein.

Die Autoren

Michael Kress

Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)
Büro Heidelberg, Bergstraße 7, 69120 Heidelberg

Forschungsschwerpunkte: Erneuerbare Energien,
Umwelt- und Sozillabeling, Umweltbewusstsein
und –verhalten

Kontakt: Michael.Kress@ioew.de

Tel. +49 – 6221 – 64 916 3

Unter Mitarbeit von

Ines Landwehr

Studentische Mitarbeiterin / Praktikantin
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Hintergrund der Studie	9
1.1	Das Projekt „EE-Regionen“	9
1.2	Das Teilprojekt „Akzeptanz, Nachfrage, Partizipation“	10
1.3	Ziel und Inhalte der Befragung	12
1.4	Die Kommunen	13
2	Methodik der Befragung	15
2.1	Konzeption und Durchführung der Befragung	15
2.2	Ziehung und Beschreibung der Stichprobe	16
3	Ergebnisse	17
3.1	Ergebnisdarstellung	17
3.2	Passive Akzeptanz – Befürwortung und Ablehnung	18
3.2.1	Kenntnis & Befürwortung der energiepolitischen Zielsetzung in der Kommune	18
3.2.2	Akzeptanz der einzelnen Technologieformen	20
3.3	Meinungen zum Ausbau erneuerbarer Energien in der Region	22
3.3.1	Meinungen / Befürchtungen bezüglich einzelner Anlagenarten	22
3.3.2	Bewertungen des politischen Prozesses / Partizipationsmöglichkeiten	25
3.3.3	Bewertung der ökonomischen Wirkungen (distributive Gerechtigkeit)	26
3.3.4	Vertrauen in die verschiedenen Akteure	28
3.3.5	Sonstige Aspekte beim Ausbau erneuerbarer Energien	29
3.4	Aktive Akzeptanz - finanzielles und politisches Engagement	30
3.4.1	Informationsbeschaffung	30
3.4.2	Meinungsäußerungen	32
3.4.3	Wärme: Aktuelle und gewünschte Heizformen	33
3.4.4	Strom: Anbieter, Bezug und Zahlungsbereitschaften von Ökostrom	34
3.4.5	Besitz, Beteiligungen und Beteiligungsbereitschaften an Anlagen	35
4	Ausblick	37
5	Literaturverzeichnis	38

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1.1: Rollen und Handlungsfelder von Bürgern in der Transformation des Energiesystems	11
Abb. 1.2: Untersuchungskommunen.....	13
Abb. 3.1: Überblick über Ergebnisdarstellung	18
Abb. 3.2: Befürwortung von EE und der energiepolitischen Zielsetzung der Kommune	19
Abb. 3.3: Akzeptanz der einzelnen Technologieformen	21
Abb. 3.4: Befürchtungen gegenüber Biogasanlagen und Energiepflanzen	23
Abb. 3.5: Vertrauen in die verschiedenen Akteure	28
Abb. 3.6: Besitz, Beteiligung und Beteiligungsbereitschaften	36

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1: Beschreibung der Stichprobe.....	17
---	----

1 Einleitung und Hintergrund der Studie

Die politisch beschlossene Energiewende und der damit verbundene Ausbau erneuerbarer Energien (EE) kann nur durch regionales und lokales Engagement erreicht werden. Beispiele für ein solches Engagement sind die Zielsetzungen einiger Kommunen (Gemeinden, Landkreise oder Städte), ihren Energiebedarf bei Strom und Wärme in Zukunft vollständig auf der Basis von EE zu gewinnen. Inzwischen haben über hundertzwanzig Kommunen in Deutschland die Herausforderung angenommen und sich eine solche Zielsetzung gesetzt¹.

Wichtige Akteure dieses regionalen Ausbaus von EE und der Zielerreichung der EE-Selbstversorgung sind die Bewohner/innen² dieser Kommunen - in ihrer Rolle als Bürger und politische Akteure, aber auch in der Rolle als Energie-Konsumenten, -Investoren und -Produzenten. Doch welche Einstellungen, Befürchtungen, Wünsche und Unklarheiten bestehen bei den Bewohner/innen der Partnerkommunen im Hinblick auf die Durchsetzung der politischen Ziele und des regionalen Ausbaus von EE? Zur Beantwortung dieser Frage wurde im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsprojekts „EE-Regionen: Sozialökologie der Selbstversorgung“ eine telefonische Bevölkerungsbefragung durchgeführt, deren Ergebnisse nachfolgend dargestellt werden.

1.1 Das Projekt „EE-Regionen“

Die hier skizzierte telefonische Bevölkerungsbefragung ist Bestandteil des inter- und transdisziplinären Forschungsprojekts „EE-Regionen: Sozialökologie der Selbstversorgung“. Die Durchführung des Projekts erfolgt durch das Zentrum für Erneuerbare Energien (ZEE) der Universität Freiburg in Kooperation mit der Universität Hohenheim und dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Gefördert wird das Projekt für einen Zeitraum von vier Jahren (05/2009 – 04/2013) durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Förderschwerpunkt „Sozial-ökologische Forschung“ im Rahmen der „Forschung für Nachhaltigkeit“.

In diesem Projekt werden die Erfolgsbedingungen einer vollständigen Energieversorgung (Strom und Wärme) von Kommunen und Regionen auf der Basis von erneuerbaren Energien (im Folgenden kurz EE-Selbstversorgung) erarbeitet (vgl. auch Aretz et al. 2009). Dazu erfolgt eine integrierte Betrachtung ökologischer, ökonomischer, sozialer und technischer Faktoren der EE-Selbstversorgung unter besonderer Berücksichtigung der Nutzung von Bioenergie. Aus den Ergebnissen dieser Betrachtung werden Handlungsempfehlungen für kommunale Entscheidungsträger und andere relevante Akteure abgeleitet und ein Entscheidungsrahmen entwickelt, der als Hilfestellung für die sozial-ökologische Umsetzung von EE-Selbstversorgungszielen dienen soll.

Zur ganzheitlichen Analyse der ökologischen, ökonomischen, sozialen und technischen Aspekte der EE-Selbstversorgung findet eine Zusammenarbeit verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen (Sozial-, Natur- und Ingenieurwissenschaften) in fünf Bausteinen (Teilprojekten) statt. Der enge

¹ Vgl. www.100-ee.de (Stand September 2012)

² Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Weiteren auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen beziehen sich gleichermaßen auf alle Geschlechter.

Bezug zur gesellschaftlichen Praxis wird durch die Anbindung an vier Partnerkommunen und die Einbindung der relevanten gesellschaftlichen Akteure in allen Phasen des Projekts gewährleistet. Weitere Informationen zum Projekt finden sich unter der Projekthomepage www.ee-regionen.de.

1.2 Das Teilprojekt „Akzeptanz, Nachfrage, Partizipation“

Auf dem Weg zum Ziel der EE-Selbstversorgung müssen neben technischen und ökonomischen somit auch soziale Faktoren berücksichtigt werden. Dabei sind neben dem Engagement politischer und wirtschaftliche Akteure die Einstellungen und Verhaltensweise der Bürger zentrale Erfolgsfaktoren.

EXKURS: Rollen und Handlungsmöglichkeiten von Bürger/innen in der Transformation des Energiesystems

Durch technologische und soziale Entwicklungen im Rahmen der Energiewende ergeben sich für Bürger veränderte Rollen als Konsumenten, Energieproduzenten, Investoren oder politischer Akteure, die neue Möglichkeiten der Beteiligung an der Gestaltung des Energiesystems eröffnen. Die Ethik-Kommission „Sichere Energieversorgung“ hat ihre Stellungnahme (Ethik-Kommission 2011) ganz bewusst als „Gemeinschaftswerk“ benannt und so betont, dass für eine erfolgreiche Energiewende Beiträge aller gesellschaftlichen Akteure (insbesondere auch der Verbraucher in ihren vielfältigen Rollen) geleistet werden müssen.

Auf Seiten des Energieverbrauchs³ reichen die Handlungs- bzw. Einflussmöglichkeiten vom alltäglichen Energieverhaltensverhalten über Investitionen in energieeffiziente Haushaltsgeräte bis hin zu strategischen Investitionsentscheidungen wie bspw. Gebäudesanierungen. Auf die Produktion (erneuerbarer) Energien haben Haushalte nicht nur Einfluss über die Wahl ihres es Strom-/Wärme-Anbieters, sondern auch über Investitionen in erneuerbare Energien (EE) (bspw. in Form eigener EE- oder Bürgeranlagen)⁴ oder durch politisches Engagement im Rahmen informeller oder formeller Beteiligungsmöglichkeiten. So unterschiedlich diese Rollen und Handlungsmöglichkeiten auch hinsichtlich der Motivlagen, Einflussfaktoren und Wirkungen sind, gilt es diese doch im Zusammenhang zu betrachten und deren Wechselwirkungen zu berücksichtigen. Die folgende Graphik soll einen ersten Überblick über die erwähnten verschiedenen Rollen und entsprechenden Handlungsfelder für Bürger/innen in der Transformation des Energiesystems geben:

³ Am Endenergieverbrauch sind private Haushalte zu etwa einem Viertel beteiligt (UBA 2011). Einer Kalkulation des Öko-Instituts zufolge (Öko-Institut 2010) verantworten Haushalte etwa zwei Drittel – und damit deutlich mehr – der Emissionen, wenn man nämlich nicht nur die direkte, sondern auch die indirekte Inanspruchnahme von Energie berücksichtigt, die in der Industrie für die Produktion von Konsumgütern, Strom etc. benötigt wird. Differenziert man nach Handlungsbereichen der privaten Haushalte so fallen auf den Bereich Energie/Wohnen wiederum ca. ein Viertel der CO₂-Ausstöße privater Haushalte (UBA/IFEU, 2007)

⁴ Nach einer Studie von trend:research befanden sich im Jahr 2010 fast die Hälfte (40 %) der installierten Leistung erneuerbaren Energien in der Hand von Privatpersonen (trend:research 2011).

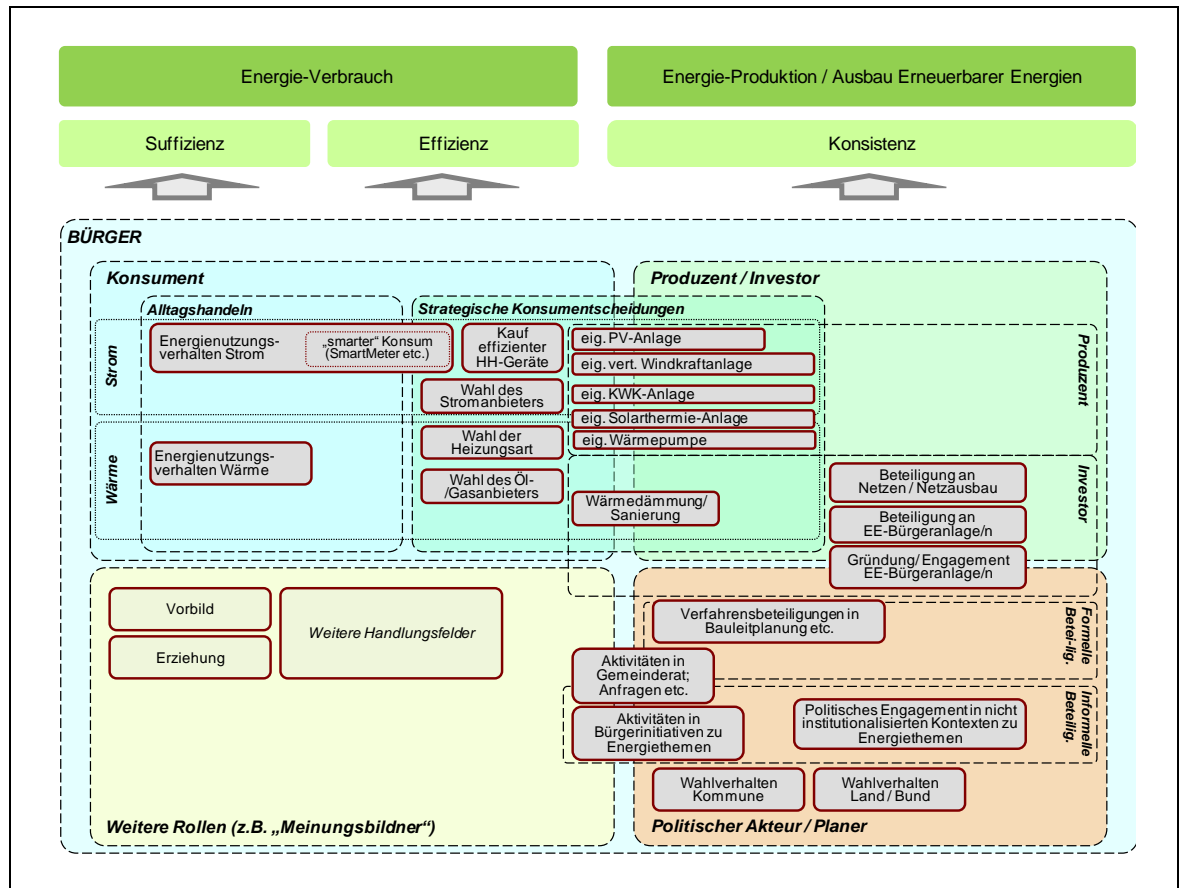


Abb. 1.1: Rollen und Handlungsfelder von Bürgern in der Transformation des Energiesystems

Das Teilprojekt, in dessen Rahmen die hier vorgestellte Befragung durchgeführt wurden, fokussiert in diesem Themenfeld auf den Ausbau bzw. die Produktion erneuerbarer Energien und somit auf die Rolle der Bürger als Produzenten/Investoren und als politische Akteure/Planer - Bereiche, in denen zunächst die Akzeptanz erneuerbarer Energien allgemein und der einzelnen Technologien im Speziellen von zentraler Bedeutung ist.

Akzeptanz erneuerbarer Energien: Bewertungen, Einstellungen, Handlungsbereitschaften

Die Definition von Akzeptanz hängt von der Ebene der Betrachtung ab. Meinungsumfragen, sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene, zeigen das Bild einer hohen und immer größer werdenden Akzeptanz der Nutzung und des Ausbaus von EE (vgl. bspw. Forsa 2008, Eurobarometer 2008, ebd. 2009). Proteste und Initiativen betroffener Bürger gegen geplante Windkraftanlagen aufgrund der Verspargelung der Landschaft oder gegen Biogasanlagen wegen Landnutzungskonflikten und befürchteten geruchlichen Belästigungen verdeutlichen jedoch, dass diese Meinungsumfragen regionale Besonderheiten und Konfliktpotenziale im Konzept der Akzeptanz vernachlässigen. Auch die Nachfrage und Wechsel- bzw. Anschlussbereitschaft der Menschen vor Ort hinsichtlich der Strom- oder Wärmeversorgung sind Faktoren, die es bezüglich der Akzeptanz des Ausbaus von EE auf regionaler Ebene zu berücksichtigen gilt. Durch den kommunalen Ausbau von EE sind die Bewohner in ihrer direkten Lebenswelt betroffen und die daraus resultierenden Probleme können den Ausbau von EE in der Region sowie auf nationaler Ebene hemmen (vgl. bspw. Reiche 2004). Die Akzeptanz der Bewohner ist demnach ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Erreichung des

Ziels einer kommunalen Selbstversorgung mit EE - und somit auch für den notwendigen Ausbau von EE auf nationaler und internationaler Ebene.

Was Akzeptanz in Bezug auf regionale EE-Selbstversorgung bedeutet, welche Wahrnehmungen, Einstellungen, Bewertungen und Verhaltensweisen damit verbunden sind, wovon diese abhängen und wie die externen Rahmenfaktoren gestaltet werden können, damit ein EE-Projekt im konkreten Fall Akzeptanz bei den Bewohnern findet - diese Fragen werden in dem Teilprojekt bzw. Baustein IV des Projekts „EE-Regionen“ behandelt. Zur Beantwortung dieser Fragen werden sowohl qualitative als auch quantitative empirische Forschungsmethoden angewendet, deren Konstruktion auf Basis eines hypothetischen Erklärungsmodells erfolgt. Als qualitative Methoden werden Fokusgruppen, Dokumenten-Analysen, teilnehmende Beobachtungen, Interviews und Ad-Hoc-Gespräche angewendet. Als quantitative Methode wird eine zweimalige telefonische Bevölkerungsbefragung in den untersuchten Regionen durchgeführt. Die Ergebnisse der ersten Bevölkerungsbefragung (durchgeführt im Jahr 2010) werden in diesem Arbeitspapier dargestellt.

1.3 Ziel und Inhalte der Befragung

Ziel der Befragung war die Analyse der Akzeptanz des Ausbaus erneuerbarer Energien sowie die Erhebung der damit verbundenen Einstellungen, Wünsche, Befürchtungen und Handlungsbereitschaften in den Partnerkommunen. Dazu wurden Fragen zu folgenden Themenbereichen gestellt:

- Passive Akzeptanz – Befürwortung und Ablehnung von EE: Kenntnis & Befürwortung der energiepolitischen Zielsetzung in der Kommune; Bewertungen von EE allgemein, Bewertungen einzelner Technologieformen
- Aktive Akzeptanz - Aktivitäten / Handlungsbereitschaften bezüglich EE: Informationsbeschaffung, Meinungsäußerungen, Wärmenutzung, Stromnutzung, Besitz, Beteiligungen und Beteiligungsbereitschaften an Anlagen
- Meinungen zum Ausbau von EE in der Region: Meinungen / Befürchtungen bezüglich einzelner Anlagenarten, Bewertungen des politischen Prozesses / Partizipationsmöglichkeiten, Bewertung der ökonomischen Wirkungen, Vertrauen in die verschiedenen Akteure, sonstige Aspekte
- Allgemeine Einstellungen und Wertorientierungen: Umweltbewusstsein⁵, Orts- / Wir-Gefühl, Wertorientierungen (Postmaterialismus vs. Materialismus), Politische Orientierung
- Sozio-demographische Daten: Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, Haushaltsgröße und –struktur

Im Rahmen einer Wiederholungsbefragung in 2012 soll neben einer Längsschnitt-/Trendanalyse eine Vertiefung einzelner Themenfelder mit Schwerpunkt auf aktive Akzeptanz erfolgen. Die hier dargestellten Daten stellen nur ein Zwischenergebnis der in 2012 fortgeführten Untersuchung dar.

⁵ Das Umweltbewusstsein der Probanden wurde in Anlehnung an Preisendörfer (1998) anhand von 13 Fragen (z.B. Bedeutung des Umweltproblems, Einschränkung des Lebensstandards, Energieverbrauch) erhoben. Die Antwortmöglichkeiten reichten von (1) „Trifft voll und ganz zu“ bis (5) „Trifft überhaupt nicht zu“.

1.4 Die Kommunen

Aufgrund der Ergebnisse einer Vorstudie (Ruppert 2008) wurden die Landkreise Lüchow-Dannenberg und Schwäbisch Hall sowie die Gemeinden Morbach und Wolpertshausen als Partnerkommunen ausgewählt. Die Lage von Wolpertshausen innerhalb des Landkreises Schwäbisch Hall ermöglicht eine vergleichende Untersuchung von zwei räumlichen und politischen Ebenen.

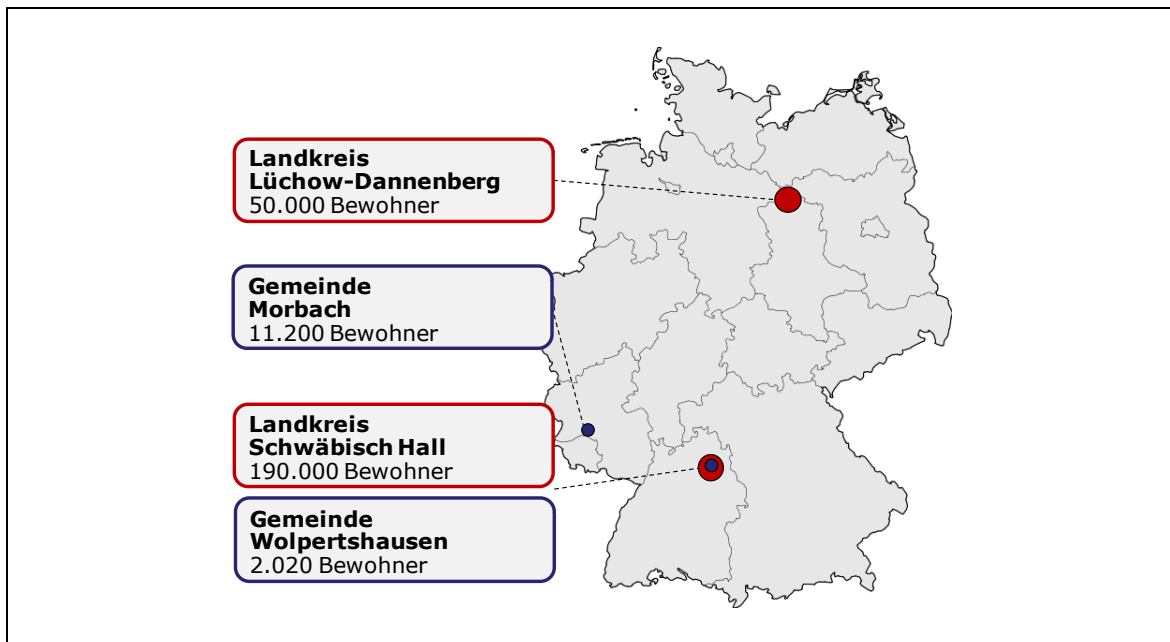


Abb. 1.2: Untersuchungskommunen

Die Bevölkerungsbefragung wurde (mit unterschiedlichen Stichprobengrößen, siehe Kapitel 2) in allen vier Partnerkommunen durchgeführt. Da in der Analyse auch auf die Unterschiede zwischen den Stichproben eingegangen wird, sollen diese Partnerkommunen im Folgenden kurz beschrieben werden. Die in Kapitel 3 dargestellten Unterschiede zwischen den Kommunen sind im Einzelnen teilweise auf spezifische Rahmenbedingungen in den Kommunen zurück zu führen. Diese Zusammenhänge werden in einem abschließenden Ergebnisbericht (nach Durchführung und Auswertung der zweiten Befragung) im ersten Quartal 2013 dargestellt.

Lüchow-Dannenberg (LD)

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg im Nord-Ost-Niedersachsen umfasst die drei Samtgemeinden Elbtalaue, Gartow und Lüchow (Wendland). 49.168 Einwohner (Stand vom 30.06.2011) leben auf einer Fläche von 1.220 m². Bereits 1997 beschloss der Kreistag die gesamte Energieversorgung auf 100 % regenerative Energie umzustellen. Damals betrug der Anteil an EE 1 %, heute (Stand 2012) sind es bereits ca. zwei Drittel des Stromverbrauchs und ein Zehntel des Wärmeverbrauchs⁶. Die Errichtung des Atommüllzwischenlagers 1977 in Gorleben stieß und stößt immer

⁶ www.luechow-dannenberg.de; <http://www.energymap.info/energieregionen/DE/105/116/176/351.html>

noch auf massiven Widerstand in der Bevölkerung und führt seither zur Aktivierung eines breiten bürgerschaftlichen Engagements, das sich u.a. in der Entstehung verschiedener Bürgerinitiativen institutionalisiert hat (z.B. *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.*⁷). Weitere zivilgesellschaftliche Akteure, wie z.B. der Verein *Wendenenergie e.V.*⁸ oder die *Arbeitsgemeinschaft Natur und Umwelt e.V.*⁹ unterstützen mit ihrer Arbeit den Ausbau von EE und den Übergang zu einer Selbstversorgerregion.

Im Landkreis werden sowohl Bürgersolaranlagen, als auch -windkraftanlagen betrieben. Konflikte gab es vorrangig in Bezug auf den Bau bzw. die Standortwahl von Biogasanlagen (*Biogasanlage Grabow*¹⁰ 2006/2007, *Nemitzer Appell*¹¹ 2004).

Schwäbisch Hall (SHA) & Wolpertshausen (WO)

Der Landkreis Schwäbisch-Hall zählt mit 188.420 Einwohnern und einer Fläche von 1.484 km² zu den dünn besiedelten Gebieten von Baden-Württemberg¹². Im Jahr 2006 wurde das „Leitbild Energie“ beschlossen, demzufolge langfristig die gesamte im Landkreis benötigte Energie aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden sollen.¹³ Bis jetzt konnte der Anteil Erneuerbarer Energien im Strombereich auf über ein Drittel (36 %) gesteigert werden¹⁴. In einigen Gemeinden des Landkreises werden kommunale Fördermittelprogramme zur Nutzung Erneuerbarer Energien und zur Energieeinsparung angeboten. Wolpertshausen ist mit 2.033 Einwohnern die kleinste Gemeinde im Landkreis Schwäbisch-Hall. Das Bioenergiedorf mit dem dort ansässigen EnergieZentrum (ein Kompetenz- und Beratungszentrum für regenerative Energien und Energieeinsparung¹⁵) hat sich bereits Mitte der 1990er Jahre aktiv mit dem Thema Umweltschutz auseinandergesetzt und strebt absolute Energieautarkie an.¹⁶

Im Landkreis werden sowohl Bürgersolaranlagen, als auch mehrere Bürgerwindkraftanlagen betrieben. Es gibt im Landkreis sowohl Bürgerinitiativen, die sich für EE einsetzen (eine wichtige Rolle hatte und hat hierbei die *Energie-Initiative Kirchberg e.V.*¹⁷), als auch Bürger, die sich gegen die

⁷ www.bi-luechow-dannenberg.de/ueber-uns/unsere-ziele

⁸ www.wendenenergie.de/aktuell/i_aktuell.html

⁹ www.anu-wendland.de/

¹⁰ u.a. <http://www.ejz.de/index.php?&kat=50&red=28&artikel=108212603&archiv=1>

¹¹ www.nemitzerappell.info

¹² www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/Tabelle.asp?H=1&U=99&T=99025010&E=KR&R=KR127

¹³ Energieatlas (2009): S.4-5, verfügbar unter: http://www.lrasha.de/WirtTouriEnergienKlimaschu_DEU_WWW.php

¹⁴ <http://www.energymap.info/energieregionen/DE/105/110/162/604.html>; Zugriff am 15. Oktober 2012

¹⁵ www.energie-zentrum.com

¹⁶ Energiekonzept 2020 Wolpertshausen (2012): S.3, verfügbar unter: <http://www.wolpertshausen.de/data/neuigkeitenAusDemRathaus.php?id=258393>

¹⁷ Energieatlas Schwäbisch Hall: 38

Nutzung von Windkraftanlagen aussprechen (z.B. im Rahmen des *Bundesverband Landschaftsschutz (BLS) e.V.*¹⁸). Befürchtet wird Landschaftszerstörung, verursacht durch die Windräder, und folglich das Ausbleiben von Touristen (Gastronomen)¹⁹. Die Bürgerinitiative „Für Gaildorf“ engagiert sich gegen den geplanten Bau eines Naturstromspeichers²⁰.

Morbach (MO)

Die Gemeinde Morbach ist Teil des Landkreises Bernkastel-Wittlich in Rheinland-Pfalz. 10.784 (2010) Einwohner leben auf einer Fläche von 122,2 km²²¹. Das Gebiet der Morbacher Energielandschaft²² befindet sich komplett in Gemeindebesitz. Aktuell wird die Hälfte des benötigten Strombedarfs in Morbach über die Versorgung aus Regenerativen Energien gewährleistet²³.

In Kooperation mit der juwi GmbH, dem Hauptinvestoren der Energielandschaft wird eine Bürgerwindkraftanlage betrieben, an der sich 35 Bürger finanziell beteiligen. Zudem gibt es eine Bürgerphotovoltaikanlage auf dem Rathausdach, an der sich Bürger als Kommanditisten beteiligen können. Des Weiteren bietet die Gemeinde ein kommunales Förderprogramm zur Energieeinsparung und Nutzung Erneuerbarer Energie an. Proteste gegenüber dem Ausbau von EE wurden nur zu Beginn der Planung laut und sind inzwischen kaum mehr zu beobachten.

2 Methodik der Befragung

2.1 Konzeption und Durchführung der Befragung

Die Leitung, Konzeption und Auswertung der Befragung erfolgte durch das gemeinnützige Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Die Befragten wurden auf Basis einer geschichteten Zufallsstichprobe (mit Unterstützung durch das GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, zur Methodik siehe unten) ausgewählt. Insgesamt wurden zwischen Juli und August 2010 2.128 erwachsene Personen (ab 18 Jahren, zur Aufteilung der Stichprobe siehe unten) anhand eines strukturierten Fragebogens für ca. 35 min. befragt (die Interviewdauer lag zwischen 20 und 40 min.). Die Durchführung der telefonischen Interviews erfolgte durch das Institut für Sozialforschung und Kommunikation (SOKO). Zur Prüfung der Verständlichkeit der Fragen und Antwortkategorien und zur Messung erster Tendenzen von Häufigkeitsverteilungen wurde ein Pretest durchgeführt. Die Auswertung der Daten wurde durch das Programm SPSS Statistics vorgenommen.

¹⁸ www.bls-landschaftsschutz.de/Wir-ueber-uns.html, http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesverband_Landschaftsschutz

¹⁹ Hohenloher Tagblatt: Leserbrief, 1.7.2000, 9.8.2000; Artikel, 24.7.2000.

²⁰ www.fuer-gaildorf.de

²¹ www.morbach.de/zahlen_daten_fakten1.html

²² Hier handelt es sich um ein Gelände eines ehemaligen US-Munitionslagers, auf dem verschiedene EE-Anlagen betrieben werden.

²³ <http://www.energymap.info/energieregionen/DE/105/118/191/440/21096.html>; Zugriff am 15.10.2012

2.2 Ziehung und Beschreibung der Stichprobe

Die Grundgesamtheit der Befragung bilden alle Bewohner der Untersuchungskommunen ab 18 Jahren.

Die Ziehung der Stichprobe erfolgte in den beiden Landkreisen sowie der Gemeinde Morbach auf Basis des Gabler-Häder-Designs²⁴. In der Gemeinde Wolpertshausen wurde die Ziehung aus methodischen Gründen²⁵ anhand von Daten der Einwohnermeldestatistik vorgenommen.

Die Stichprobe, die aus 2.128 erwachsenen Personen besteht, ist wie folgt zwischen den einzelnen Untersuchungsregionen aufgeteilt:

- 705 Personen im Landkreis Lüchow-Dannenberg (≈ 50.000 Einwohner) / Niedersachsen
- 1.010 Personen im Landkreis Schwäbisch Hall (≈ 190.000 Einwohner) / Baden-Württemberg
- 93 Personen in der Gemeinde Wolpertshausen (≈ 2.000 Einwohner) / Landkreis Schwäbisch Hall / Baden-Württemberg
- 320 Personen in der Gemeinde Morbach (≈ 11.000 Einwohner) / Landkreis Bernkastel-Wittlich / Rheinland-Pfalz

Die Stichprobe besteht zu gleichen Teilen aus männlichen und weiblichen Befragten. Etwa die Hälfte (51 %) der Befragten ist der Altersgruppe der 40-59 Jährigen zuzurechnen und jeweils ungefähr ein Viertel der Altersgruppe der 18-39 Jährigen (23 %) sowie der über 60 Jährigen (25 %). Etwa ein Drittel (34 %) der Personen hat einen Realschulabschluss, über ein Viertel (27 %) die Hochschulreife, fast ein Viertel (23 %) den Hauptschulabschluss und etwa jeder Zehnte (11 %) die Fachhochschulreife. Die Einkommensklassen sind relativ gleich verteilt: Jeweils etwa ein Viertel der Befragten verfügt über ein niedriges Einkommen (< 2.000 €, 28 %), ein mittleres Einkommen (2.000 – 3.000 €, 27 %) und ein hohes Einkommen (> 3.000 €, 25 %). Ein Fünftel (20 %) der Befragten gab kein Einkommen an. Im Bereich des Umweltbewusstseins gibt es drei Kategorien: Über zwei Fünftel (45 %) haben ein mittleres Umweltbewusstsein, über ein Drittel (36 %) ein hohes und nur etwa jeder Zehnte (11 %) niedriges Umweltbewusstsein.²⁶

Die folgende Tabelle fasst die Verteilung der wichtigsten Merkmale der Stichprobe zusammen:

²⁴ Ein standardmäßig bei Telefonumfragen verwendetes Verfahren für die Ziehung einer Zufallsstichprobe, bei dem eine zufällige Generierung von Telefonnummern nach bestimmten Kriterien erfolgt.

²⁵ Aufgrund zu großer Differenzen zwischen Vorwahl- und Gemeindegrenzen in Wolpertshausen.

²⁶ Das Umweltbewusstsein der Probanden wurde anhand von 13 Fragen (z.B. Bedeutung des Umweltproblems, Einschränkung des Lebensstandards, Energieverbrauch) erhoben. Die Antwortmöglichkeiten reichten von (1) „Trifft voll und ganz zu“ bis (5) „Trifft überhaupt nicht zu“.

Geschlecht	männlich	50 %
	weiblich	50 %
Altersgruppe	18-39 Jahre	23 %
	40-59 Jahre	52 %
	60+ Jahre	25 %
Bildungsklassen	Hauptschulabschluss	23 %
	Realschulabschluss / Mittlere Reife	34 %
	Fachhochschulreife / Abschluss Fachoberschule	11 %
	Hochschulreife / Abitur	27 %
Einkommensklassen	niedrig (< 2.000)	28 %
	mittel (2.000 – 3.000 €)	27 %
	hoch (> 3.000 €)	25 %
Umweltbewusstsein	Niedrig	11 %
	Mittel	45 %
	Hoch	36 %

Tabelle 2.1: Beschreibung der Stichprobe

3 Ergebnisse

3.1 Ergebnisdarstellung

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der telefonischen Bevölkerungsbefragung dargestellt. Dabei werden zunächst die Ergebnisse zur passiven Akzeptanz (Kapitel 3.1), anschließend die Meinungen zu EE und deren Ausbau in der Region (Kapitel 3.2) und zuletzt die Ergebnisse zur aktiven Akzeptanz (Kapitel 3.3) beschrieben. Der genaue Wortlaut der gestellten Fragen wird zur besseren Lesbarkeit in Fußnoten wiedergegeben. Zu jedem Thema bzw. Item(-block) wird jeweils zuerst das Ergebnis der Gesamtstichprobe und anschließend ausgewählte Unterschiede zwischen den vier Kommunen und zwischen soziodemographischen Gruppen (Geschlecht, Alter, Bildung, Einkommen, Umweltbewusstsein – siehe auch Tab. 2.1) dargestellt. Die folgende Graphik gibt einen Überblick über die Inhalte der nächsten Kapitel:

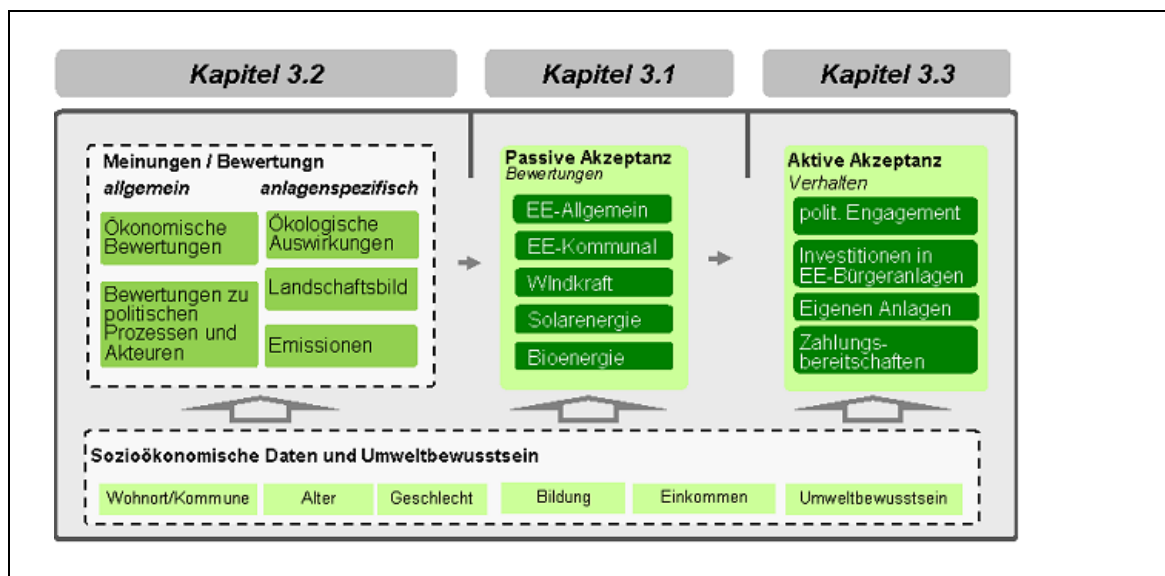


Abb. 3.1: Überblick über Ergebnisdarstellung

3.2 Passive Akzeptanz – Befürwortung und Ablehnung

3.2.1 Kenntnis & Befürwortung der energiepolitischen Zielsetzung in der Kommune

Ergebnisse in der Gesamtstichprobe

Von der politischen Zielsetzung der Kommune, sich vollständig aus erneuerbaren Energien versorgen zu wollen, hatten vor der Befragung schon mehr als die Hälfte (58 %) der Interviewten gehört. Insgesamt (inkl. derjenigen Befragten, die dieses Ziel vorher nicht kannten) befürworten ungefähr vier Fünftel diese energiepolitische Zielsetzung (83 %) und den damit verbunden Ausbau der EE-Anlagen in der Kommune (79 %).²⁷ Die Nutzung erneuerbarer Energien (ohne Bezug zur kommunalen Ebene) befürworten neun von zehn Befragten (90 %). Dieser hohe Akzeptanzwert ist vergleichbar mit Ergebnissen bundesweiter Studien zur Einstellung gegenüber EE.²⁸

²⁷ Befürwortung meint hier und im Folgenden die Nennung der Antwortmöglichkeiten (1) und (2) auf einer Skala von (1) „befürworte ich sehr“ bis (5) „lehne ich stark ab“ auf die Frage „Wie bewerten Sie ...?“.

²⁸ So stimmen z.B. auch 85 % der Befragten einer Studie des BMU der Notwendigkeit eines konsequenten Umstiegs auf EE zu. Dieser Wert beinhaltet die Antworten „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ auf einer Skala mit insgesamt vier möglichen Abstufungen. Quelle: BMU, UBA (2010). Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage; S.11 und 43.

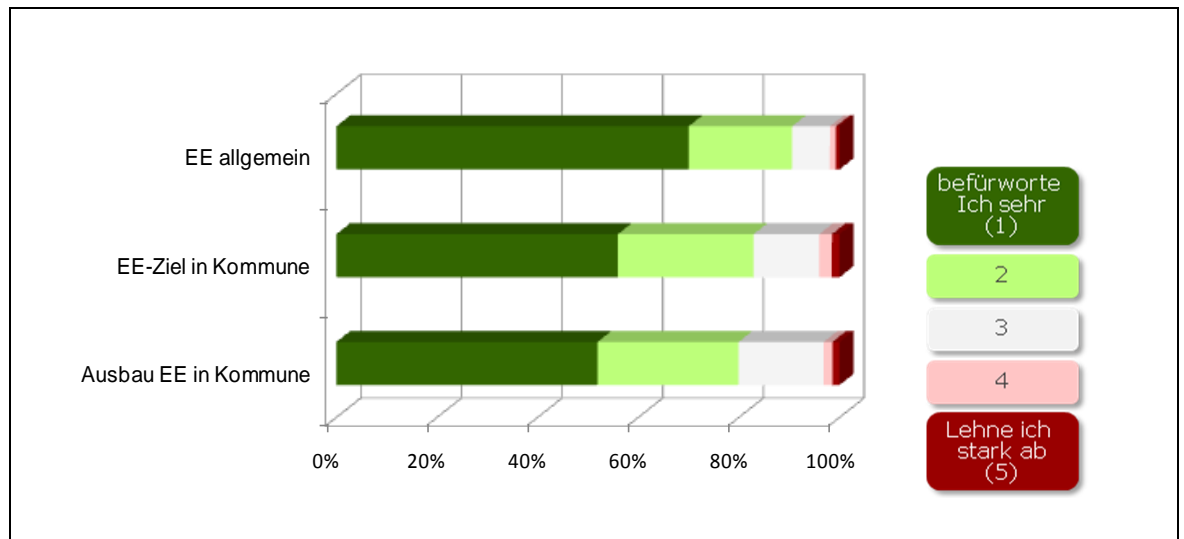


Abb. 3.2: Befürwortung von EE und der energiepolitischen Zielsetzung der Kommune

Die Betreuung des Stromnetzes durch die Kommune wird von drei Viertel der Befragten (76 %) als wünschenswert erachtet.²⁹

Vergleich zwischen Kommunen

Während die allgemeine Befürwortung von EE sowie die Befürwortung der energiepolitischen Zielsetzung in allen vier Kommunen ähnlich hoch sind, lassen sich bei der Kenntnis der Zielsetzung Unterschiede zwischen Gemeinden und Landkreisen feststellen. In den beiden Gemeinden geben mit drei Viertel (MO: 78 %, WO: 77 %) der Befragten mehr Person an, die energiepolitische Zielsetzung zu kennen. Im Landkreis LD ist sie etwa zwei Dritteln (63 %) bekannt und im Landkreis SHA weniger als der Hälfte (46 %).

Vergleich zwischen soziodemographischen Gruppen

Etwas mehr männliche (61 %) als weibliche Befragte (55 %) geben an, die energiepolitische Zielsetzung der Kommunen zu kennen. Bei den älteren Befragten ist die Kenntnis dieser deutlich höher als bei den jüngeren: Während von den 18-39 Jährigen etwa zwei Fünftel (44 %) der Befragten bereits von dieser Zielsetzung gehört haben, sind es bei den über 60-Jährigen über zwei Drittel (69 %). Bei den verschiedenen Bildungs- und Einkommensklassen sowie Gruppen mit unterschiedlichem Umweltbewusstsein sind nur geringe Unterschiede zu erkennen.

²⁹ Hier wurde die die Zustimmung zur Aussage „Ich fände es gut, wenn das Stromnetz durch [Name der Gemeinde/des Landkreises] - und nicht durch einen großen Energieversorger - betrieben wird.“ abgefragt. Zustimmung beinhaltet hier die Antwortmöglichkeiten (1) und (2) auf einer Skala von (1) „Trifft voll und ganz zu“ bis (5) „Trifft überhaupt nicht zu“

Bei der Befürwortung der Zielsetzung des Ausbaus und der Nutzung von EE in der Kommune ist beim Geschlecht und vor allem beim Alter eine gegenläufige Tendenz festzustellen: Etwas mehr Frauen (85 %) als Männer (80 %) befürworten die kommunale Zielsetzung; die Bewertung des Ausbaus und der Nutzung von EE in der Kommune unterscheidet sich hinsichtlich des Geschlechts kaum. Zudem befürworten mehr Befragte der 18-39 Jährigen das Ziel (86 %) sowie den Ausbau und die Nutzung von EE (83 %) in der Kommune, als Befragte der über 60 Jährigen (77 % bzw. 79 %). Die Befürwortung der Zielsetzung, des Ausbaus und der Nutzung von EE in der Kommune nimmt zudem mit höherer Bildung und höherem Umweltbewusstsein zu. Bei den Befragten mit Hauptschulabschluss begrüßen zum Beispiel drei Viertel (75 %) die kommunale energiepolitische Zielsetzung, bei den Befragten mit Abitur bereits fast neun von zehn Personen (88 %). Eine noch deutlichere Zunahme der Befürwortung gibt es bei den Befragten mit höherem Umweltbewusstsein. Die kommunale energiepolitische Zielsetzung unterstützen etwa drei Fünftel (60 %) der Befragten mit niedrigem Umweltbewusstsein und neun von zehn Befragten (91 %) mit hohem Umweltbewusstsein.

Die Befürwortung der Nutzung von EE im Allgemeinen ist bei beiden Geschlechtern und in allen Altersgruppen ähnlich hoch. Dagegen steigt die Unterstützung von EE mit höherem Bildungsabschluss, Einkommen und Umweltbewusstsein. Bei den Befragten mit Abitur gaben zum Beispiel 94 % an, die Nutzung von EE zu befürworten; bei den Befragten mit Hauptschulabschluss waren es 85 %.³⁰ Auch bei den Einkommensklassen ist die leichte Tendenz festzustellen, dass mit höherem Einkommen auch die Nutzung von EE mehr befürwortet wird: Ein Zehntel mehr Befragte mit hohem Einkommen (85 %) befürworten dies als Befragte mit niedrigem Einkommen (75 %). Ähnlich ist der Unterschied bei den Gruppen mit unterschiedlichem Umweltbewusstsein: Etwa acht von zehn Personen (81 %) mit niedrigem Umweltbewusstsein befürworten die Nutzung von EE im Allgemeinen und über neun von zehn Personen (93 %) mit hohem Umweltbewusstsein.³¹

3.2.2 Akzeptanz der einzelnen Technologieformen

Ergebnisse in der Gesamtstichprobe

Werden die Bürger nach ihrer Bewertung konkreter EE-Technologien befragt, lassen sich große Unterschiede in der Akzeptanz erkennen: Mit 82 % erreichen auf Dächern installierte Solaranlagen die höchste Befürwortung unter den Befragten, gefolgt von Windkraftanlagen (69 %). Freistehende Solaranlagen (46 %) und Biogasanlagen (40 %) werden von knapp der Hälfte der Interviewten befürwortet – echte Ablehnung äußern ca. ein Fünftel der Befragten gegenüber Biogasanlagen (22 %) und freistehenden Solaranlagen (21 %).³²

³⁰ Bei der Antwortmöglichkeit (1) „Befürworte ich sehr“ sind die Unterschiede deutlicher ausgeprägt: Etwa zwei Zehntel mehr Befragte mit Abitur (81 %) als Befragte mit Hauptschulabschluss (60 %) gaben an, die Nutzung von EE im Allgemeinen sehr zu befürworten.

³¹ Bei der Antwortmöglichkeit (1) „Befürworte ich sehr“ sind die Unterschiede deutlicher ausgeprägt: Fast vier Zehntel mehr Befragte mit hohem Umweltbewusstsein (84 %) als mit niedrigem Umweltbewusstsein (47 %) gaben an, die Nutzung von EE im Allgemeinen sehr zu befürworten.

³² Nennung der Antwortmöglichkeiten (4) oder (5) auf der Skala von 1 „befürworte ich sehr“ bis 5 „lehne ich stark ab“.

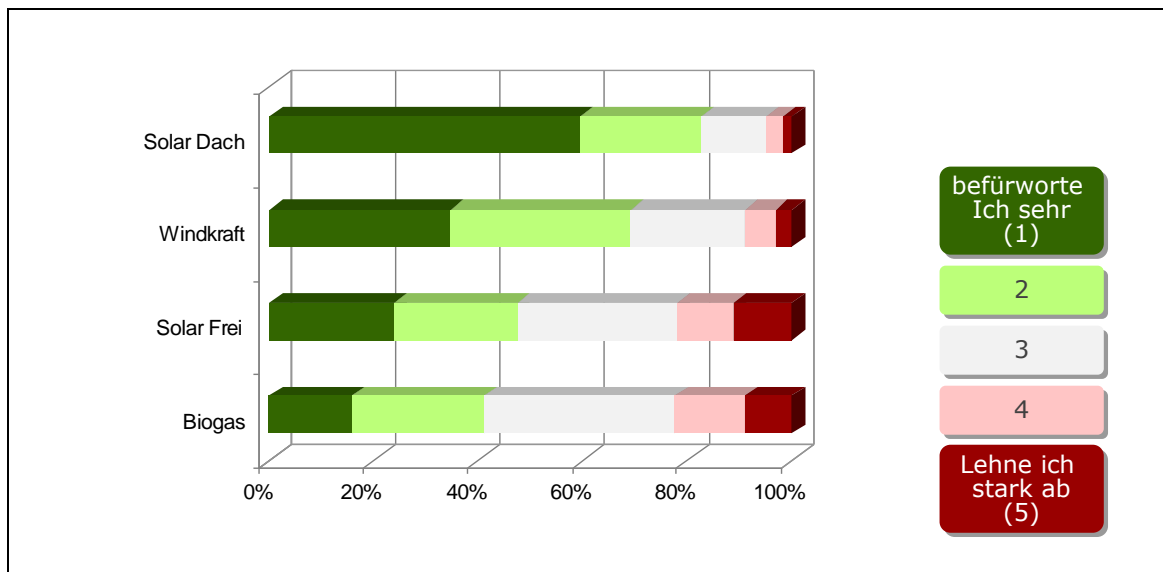


Abb. 3.3: Akzeptanz der einzelnen Technologieformen

Vergleich zwischen Kommunen

In der Kommune WO und den beiden Landkreisen sind Solar-Dachanlagen die meist befürwortete EE-Technologie. In der Gemeinde MO liegen Windkraftanlagen in ihrer Akzeptanz einige Prozentpunkt vor Solar-Dachanlagen.

Bei den weniger akzeptierten EE-Technologien, den Solar-Freianlagen und den Biogasanlagen, sind deutlichere Unterschiede zwischen den Kommunen zu beobachten. Während Solar-Freianlagen in der Gemeinde MO und dem Landkreis LD von über der Hälfte der Befragten gutgeheißen wird (MO: 58 %, LD: 52 %), befürworten in der Gemeinde WO nicht einmal ein Fünftel (18 %) der Befragten diese Technologie. Dort bewerten jedoch über die Hälfte (58 %) der Interviewten Biogasanlagen positiv - was auf den gesamten Landkreis SHA bezogen nur auf 34 % der Befragten zutrifft.

Vergleich zwischen soziodemographischen Gruppen

Bei den zwei am meisten befürworteten EE-Technologien, der Windkraft und den Solar-Dachanlagen, sinkt die Befürwortung mit höherem Alter und steigt mit höherem Umweltbewusstsein. Windkraftanlagen werden von drei Vierteln (75 %) der 18-39 Jährigen befürwortet und nur von etwa drei Fünfteln (59 %) der über 60 Jährigen. Bei Solar-Dachanlagen zeigt sich (auf insgesamt etwas höherem Niveau) ein ähnliches Bild. Im Bezug auf Geschlecht, Bildung und Einkommen gibt es kaum Unterschiede.

Bei Solar-Freianlagen sind jedoch nur beim Umweltbewusstsein deutliche Unterschiede zu erkennen: Etwa zwei Fünftel (39 %) der Befragten mit niedrigem Umweltbewusstsein befürworten Solar-Freianlagen, aber über die Hälfte (53 %) der Personen mit hohem Umweltbewusstsein.

Biogasanlagen werden von mehr Männern (46 %) als Frauen (34 %) befürwortet. Die Befürwortung steigt zudem leicht mit höherer Bildung sowie höherem Einkommen und Umweltbewusstsein. Biogasanlagen werden am meisten von Befragten mit Abitur oder Fachhochschulreife (je 43 %) befürwortet und am wenigsten von Hauptschulabsolventen (36 %). Ähnliche Unterschiede sind zwischen den Gruppe mit hohem (45 %) und niedrigem (37 %) Einkommen und hohem (42 %) und niedrigem (35 %) Umweltbewusstsein.

3.3 Meinungen zum Ausbau erneuerbarer Energien in der Region

3.3.1 Meinungen / Befürchtungen bezüglich einzelner Anlagenarten

Ergebnisse in der Gesamtstichprobe

Die Unterschiede in der Bewertung einzelner Anlagenarten können teilweise mit den damit assoziierten Befürchtungen erklärt werden. Gegenüber **Solaranlagen auf Dächern** (der Technologie mit der höchsten Akzeptanz) ist die geringste Zustimmung zu kritischen Auswirkungen und Befürchtungen zu beobachten. Nur wenige Befragte stört der Anblick (7 %) und die Spiegelung (5 %) der Anlagen auf Dächern. Mehr als die Hälfte (53 %) findet, dass sich die Anlagen gut ins Ortsbild einfügen. Bei **Solaranlagen auf Freiflächen** stimmt nur etwa ein Viertel der Befragten (28 %) diesem Aspekt zu; ein Drittel (33 %) findet nicht, dass sich die Solaranlagen auf Freiflächen gut ins Landschaftsbild einfügen. Nur einer von zehn Befragten (10 %) befürchtet negative Auswirkungen auf die Natur und noch weniger (6 %) fühlen sich durch die Spiegelung gestört.

Bei **Windkraftanlagen** wird vor allem den negativen ökologischen und visuellen Auswirkungen zugestimmt, doch insgesamt sind die Befürchtungen gering. Fast jeder Fünfte (17 %) teilt die Ansicht, dass die Rotoren den Vogelflug bedrohen und fast jeden Sechsten (15 %) stört der Anblick der Windkraftanlage. Am geringsten stören die Befragten die Geräusche (11 %) und Blinklichter (9 %) der Windkraftanlage. Dies spiegelt sich auch in der Meinung über das Landschaftsbild der Region wieder, denn mehr als ein Drittel (40 %) findet, dass sich die Windkraftanlagen gut in das Landschaftsbild einfügen.

Gegenüber **Biogasanlagen** und der Nutzung von Energiepflanzen bestehen die meisten Befürchtungen. Etwa die Hälfte der Befragten befürchtet eine Zunahme von Monokulturen durch vermehrte Nutzung von Energiepflanzen (52 %) und den Verlust von Anbauflächen für die Nahrungsmittelproduktion (48 %). Etwa vier von zehn Befragten befürchten den verstärkten Einsatz von genmanipulierten Pflanzen in der Region (41 %) und den Verlust der Artenvielfalt durch die Nutzung der Energiepflanzen (43 %). Jedoch stellt nur für jeden Fünften (20 %) eine Geruchsbelästigung für die Umgebung ein Problem dar und etwas weniger Befragte (18 %) befürchten eine Zunahme des Verkehrsaufkommens.

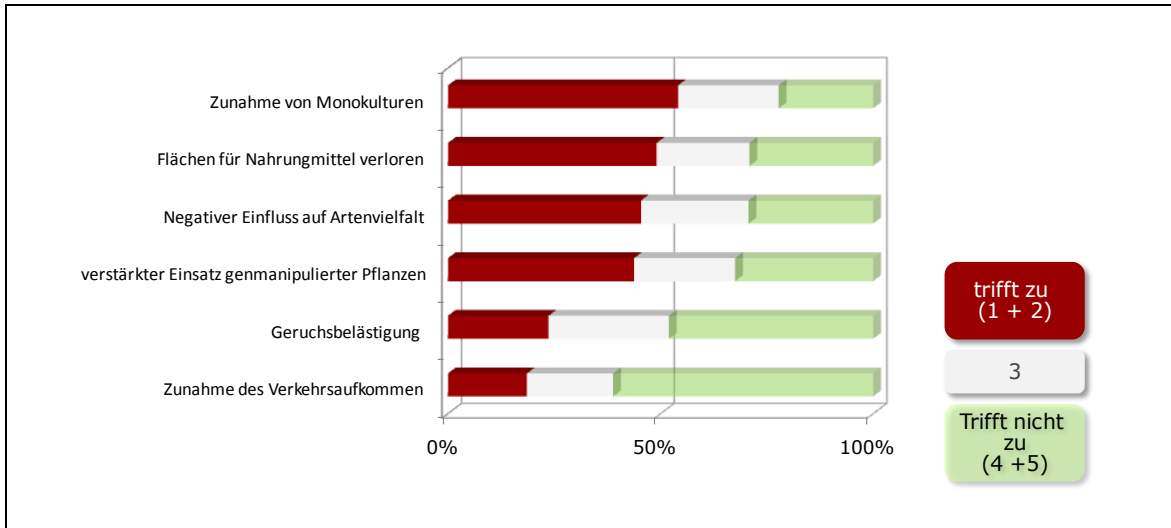


Abb. 3.4: Befürchtungen gegenüber Biogasanlagen und Energiepflanzen

Vergleich zwischen Kommunen

Bezüglich der seltenen Bedenken gegenüber **Solaranlagen auf Dächern** sind nur geringe Unterschiede zwischen den Kommunen zu beobachten. In den beiden Gemeinden MO und WO sowie dem Landkreis LD sagen fast drei Fünftel (zwischen 56 % bis 60 %) der Befragten, dass sich die Solaranlagen auf Dächern gut in das Ortsbild einfügen. Im Landkreis SHA findet dies dagegen nicht ganz die Hälfte (48 %). Immerhin mehr als jeder Fünfte (21 %) in SHA findet nicht, dass sich die Solaranlagen gut ins Ortsbild einfügen. Bei den anderen drei Kommunen sieht das nur ungefähr jeder Achte (zwischen 12 % und 14 %) so.

In WO (der einzigen Kommune, in der **Solar-Freilandanlagen** weniger Akzeptanz als Biogasanlagen finden) gibt jeder Siebte (14 %) der Befragten an, dass sich die Solar-Freilanlagen gut ins Landschaftsbild einfügen, während in den beiden Landkreisen ein Viertel (24 %, SHA) bzw. ein Drittel (31 %, LD) dieser Aussage zustimmen. In der Gemeinde MO, in der die Solar-Freilanlagen im Vergleich der Kommunen noch am meisten befürwortet werden, finden sogar zwei Fünftel (42 %), dass sie sich gut ins Landschaftsbild einfügen. Die (im Vergleich zwischen den vorgegebenen Aussagen) größte Befürchtung gegenüber Solaranlagen auf Freiflächen sind mögliche negative Auswirkungen auf die Natur. In der Gemeinde MO und in den beiden Landkreisen stimmt dieser Befürchtung jedoch immer noch nur etwa jeder Zehnte (zwischen 7 % und 12 %), in der Gemeinde WO jeder Fünftel (19 %) zu.

In den Gemeinden findet ca. die Hälfte der Befragten (49 % bzw. 52 %), dass sich **Windkraftanlagen** gut ins Landschaftsbild einfügen, während in den Landkreisen nur etwa ein Drittel der Befragten (36 % bzw. 38 %) diese Ansicht teilt. Den Befürchtungen gegenüber Windkraftanlagen stimmen am meisten Befragte (14-19 %) im Landkreis LD zu. Die höchste Befürchtung ist die Bedrohung des Vogelflugs durch die Rotoren der Anlagen: Dieser stimmen neben den Befragten im Landkreis LD (21 %) die meisten Befragten in der Gemeinde WO (22 %) zu.

Biogasanlagen werden zwar von drei Kommunen am wenigsten befürwortet, aber die Unterschiede zwischen den Kommunen sind geringer als bei Solar-Freilanlagen. Die Befragten der Gemeinde WO, von denen immerhin über die Hälfte (58 %) Biogasanlagen befürwortet und die als einzige der

Befragten Biogasanlagen mehr befürworten als Solar-Freianlagen, haben jedoch nur in zwei Punkten die geringsten Befürchtungen gegenüber Biogasanlagen (negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt, erhöhtes Verkehrsaufkommen). Im Bezug auf befürchtete Geruchsbelästigungen stimmen sogar die meisten Befragten in der Gemeinde WO zu, nämlich fast ein Drittel (32 %).

In zwei Punkten (Zunahme von Monokulturen, verstärkter Einsatz genmanipulierter Pflanzen) haben dagegen die Befragten der Gemeinde MO, welche Biogasanlagen am wenigsten befürworten, die geringsten Befürchtungen im kommunalen Vergleich, wenngleich trotzdem zwei Fünftel (43 %) bzw. ein Drittel (33 %) der Befragten den Befürchtungen zustimmen.

Vergleich zwischen soziodemographischen Gruppen

Solar-Dachanlagen fügen sich vor allem aus Sicht der weiblichen (57 % gegenüber 49 % der männlichen) und der jungen Befragten (57 % gegenüber 51 % der mittleren Altersgruppe) sowie Personen mit hohem Umweltbewusstsein (59 % gegenüber 44 % mit niedrigem Umweltbewusstsein) gut ins Ortsbild ein. Dass der Anblick der Anlagen stört, sehen etwas mehr ältere Befragte so als junge (9 % gegenüber 5 % der jüngsten Altersgruppe). Weniger Absolventen des Gymnasiums (5 %) empfinden den Anblick als negativ als Absolventen der Hauptschule (10 %). Auch etwas mehr Personen mit niedrigem Umweltbewusstsein (10 %) als Befragte mit hohem Umweltbewusstsein (6 %) sehen den Anblick als störend an.

Solar-Freianlagen fügen sich dagegen nach Meinung mehr männlicher (30 % gegenüber 26 % weiblicher) sowie mehr älterer Befragter (31 % gegenüber 27 % der jüngsten Altersgruppe) sowie ebenfalls Personen mit hohem Umweltbewusstsein (34 % gegenüber 23 % mit niedrigem Umweltbewusstsein) gut ins Landschaftsbild ein. Dass die Spiegelungen der Solar-Freianlagen stören, sehen etwas mehr Befragte der mittleren Altersgruppe (7 %) so als Befragte der jüngsten Gruppe (4 %). Mit abnehmender Bildung teilen mehr Personen diese Meinung (8 % der Hauptschulabsolventen gegenüber 3 % der Befragten mit Abitur).

Der Aussage, dass **Windkraftanlagen** sich gut ins Landschaftsbild einfügen, stimmen etwas mehr Frauen (41 %) als Männer (38 %) und etwas mehr Befragte der jungen (41 %) gegenüber der ältesten Gruppe (37 %) sowie ebenfalls Personen mit hohem (43 % gegenüber 33 % mit niedrigem) Umweltbewusstsein zu. Dementsprechend stört der Anblick der Windkraftanlage z.B. auch mehr Befragte mit niedrigem (22 %) als hohem Umweltbewusstsein (15 %). Die Geräusche empfinden vor allem ältere Menschen als störend (14 % der ältesten Gruppe gegenüber 5 % der jüngsten Gruppe). Bezüglich Bildung und Einkommen sind hier keine klaren Tendenzen zu erkennen. Eine Bedrohung des Vogelflugs durch die Rotoren der Windkraftanlagen sehen vor allem ältere Befragte (22 % gegenüber 12 % der jungen Altersgruppe).

Die Befürchtung, dass durch **Biogasanlagen** und die damit verbundene Nutzung von Energiepflanzen Monokulturen in der Region zunehmen könnten, teilen etwas mehr Männer (54 %) als Frauen (50 %). Die Befürchtung steigt zudem mit Alter, Bildung und Umweltbewusstsein. Befragte der ältesten (58 %) stimmen häufiger dieser Befürchtung zu als Befragte der jüngsten Gruppe (39 %) und mehr Befragte mit Fachhochschulreife oder Abitur (je 58 % gegenüber 46 % der Befragten mit Hauptschulabschluss) und hohem (56 % gegenüber 45 % der Befragten mit niedrigem) Umweltbewusstsein teilen diese Meinung. Ähnliche Tendenzen lassen sich auch in Teilen bei den anderen umweltbezogenen Befürchtungen gegenüber Biomassenutzung und Energiepflanzenanbau erkennen. Bei der Aussage, dass Biogasanlagen eine Geruchsbelästigung für die Umgebung darstellen, gibt es bei allen soziodemographischen Gruppen nur geringe Unterschiede.

3.3.2 Bewertungen des politischen Prozesses / Partizipationsmöglichkeiten (prozedurale Gerechtigkeit)

Ergebnisse in der Gesamtstichprobe

Über acht von zehn Befragten (84 %) ist es wichtig, über die Vorhaben im Bereich erneuerbarer Energien informiert zu werden.³³ Jedoch ist nur knapp mehr als jeder Vierte (28 %) der Meinung, dass die Kommune die Bürger auch ausreichend darüber informiert. Diese Diskrepanz zwischen den Wünschen der Bürger und ihrer Bewertung der tatsächlichen Informationslage lässt sich auch bei weiteren Formen der Einbeziehung der Bürger finden: Jeweils ca. acht von zehn Befragten sind der Meinung, dass beim Ausbau von erneuerbaren Energien die Meinung der Bürger eingeholt werden sollte (85 %) oder die Bürger bei der Planung mitentscheiden sollten (79 %). Es findet jedoch nur etwa jeder Vierte (28 %), dass die Meinung der Bevölkerung zu EE-Anlagen tatsächlich eingeholt wird und noch weniger Befragte (16 %) stimmen der Aussage zu, dass die Entscheidungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien gemeinsam mit der Bevölkerung getroffen werden.

Auf die *offen gestellte Frage* worauf es bei der Informationspolitik der jeweiligen Kommune ankommt, wurde in erster Linie der Wunsch nach mehr „kurzen und knappen“ und vor allem verständlichen und „rechtzeitigen“ Informationen insbesondere durch Tageszeitungen aber auch Flyer oder Broschüren geäußert. Gleichzeitig wird eine transparente und objektive Informationspolitik („keine Schönrederei“) gefordert, die jegliche Kosten sowie die entstehenden Vor- und Nachteile der geplanten Projekte offen legt und zudem eine Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung vorsieht. Generell wird die Information bzw. Aufklärung als sehr wichtig empfunden und zum Teil als noch nicht ausreichend eingeschätzt.

Vergleich zwischen Kommunen

Die Wichtigkeit der Information und Beteiligung wird in allen Kommunen ähnlich zentral eingeschätzt. Die tatsächliche Beteiligung nehmen die Befragten der vier Kommunen jedoch sehr unterschiedlich wahr. In den Gemeinden wird die Information und Beteiligung – den Angaben der Befragten zufolge – deutlich positiver eingeschätzt als auf Ebene der Landkreise. Dabei fühlen sich besonders die Befragten der Gemeinde Wolpertshausen gut eingebunden. In den Landkreisen geben nur zwischen einem Fünftel (20 %) und einem Viertel (25 %) der Befragten an, dass die Bürger ausreichend von den Landkreisen informiert werden und deren Meinung eingeholt wird. Am deutlichsten fallen die Unterschiede bei der Frage aus, ob die Entscheidungen gemeinsam mit der Bevölkerung getroffen werden. Mit fast zwei Fünftel (39 %) geben in WO deutlich mehr Personen an, dass die Entscheidungen tatsächlich gemeinsam mit der Bevölkerung getroffen werden, als in den anderen Untersuchungskommunen.

³³ Die hier dargestellten Prozentwerte geben wieder den Anteil der Befragten an, die entsprechenden Aussagen (wie z.B. „Mir ist es wichtig, dass ich über die Vorhaben des Landkreises im Bereich Erneuerbare Energien informiert werde.“ oder „[Name der Gemeinde/des Landkreises] informiert uns Bürger ausreichend über den Ausbau der Erneuerbaren Energien.“) zustimmen. Zustimmung beinhaltet hier wieder die Antwortmöglichkeiten (1) und (2) auf einer Skala von (1) „Trifft voll und ganz zu“ bis (5) „Trifft überhaupt nicht zu“.

Vergleich zwischen soziodemographischen Gruppen

Der Wunsch nach Information und Partizipation steigt mit höherem Umweltbewusstsein und (in Teilen) mit höherem Alter und Bildungsabschluss. Über kommunale EE-Vorhaben informiert zu werden, finden zum Beispiel etwa drei Viertel (76 %) der Befragten mit niedrigem und neun von zehn Personen (91 %) mit hohem Umweltbewusstsein wichtig.³⁴ Während das Bedürfnis nach Information über kommunale EE-Vorhaben mit dem Alter leicht steigt – etwa acht von zehn (78 %) Befragte der jungen Altersgruppe stimmen dem zu und neun von zehn Befragten (87 %) der ältesten Altersgruppe³⁵ – unterscheiden sich die Altersgruppen nicht beim Wunsch nach Partizipation. Der Informationswunsch über kommunale EE-Vorhaben ist unter den Hauptschulabsolventen am niedrigsten (78 %) und unter den Befragten mit Abitur am stärksten (87 %) ausgeprägt. Bei der Aussage, dass die Meinung der Bürger eingeholt werden sollte, gibt es allerdings kaum Unterschiede bei den Bildungsklassen. Dass die Kommune tatsächlich ausreichend über den kommunalen EE-Ausbau informiert, sehen mehr Befragte der ältesten Gruppe (34 %) so als Befragte der jüngsten Gruppe (25 %). Hinsichtlich Bildung, Einkommens oder Umweltbewusstsein sind kaum Unterschiede erkennbar.

3.3.3 Bewertung der ökonomischen Wirkungen (distributive Gerechtigkeit)

Ergebnisse in der Gesamtstichprobe

Über zwei Drittel der Befragten (69 %) sind der Meinung, dass sich der kommunale Ausbau erneuerbarer Energien positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde bzw. des Landkreises auswirkt und sechs von zehn Personen (59 %) erwarten einen positiven Einfluss auf den kommunalen Arbeitsmarkt.³⁶ Etwas weniger als die Hälfte der Befragten (47 %) meint, dass sich der Ausbau auf Dauer auch für sie als Bewohner finanziell lohnen wird. Knapp ein Drittel (35 %) denkt jedoch, dass vom Ausbau nur Einzelne finanziell profitieren.

Vergleich zwischen Kommunen

Der größte Unterschied zwischen den Kommunen ist bei der Einschätzung der Auswirkungen des Ausbaus von EE zu beobachten. Während in den beiden Landkreisen und in der Gemeinde MO zwischen zwei Drittel (66 %) und drei Viertel (72 %) der Befragten angegeben, dass der Ausbau von

³⁴ Bei der Antwortmöglichkeit (1) „Trifft voll und ganz zu“ sind die Unterschiede deutlicher ausgeprägt: Zwei Zehntel mehr Befragte mit hohem Umweltbewusstsein (69 %) finden es demnach wichtig, über die EE-Vorhaben informiert zu werden, als Personen mit niedrigem Umweltbewusstsein (37 %).

³⁵ Bei der Antwortmöglichkeit (1) „Trifft voll und ganz zu“ sind die Unterschiede deutlicher ausgeprägt: Zwei Zehntel mehr Befragte der ältesten Altersgruppe (60 %) finden es wichtig, über kommunale EE-Vorhaben informiert zu werden, als Befragte der jüngsten Altersgruppe (38 %).

³⁶ Die hier dargestellten Prozentwerte geben wieder den Anteil der Befragten an, die entsprechenden Aussagen (wie z.B. „Der Ausbau von EE direkt in [Name der Gemeinde/des Landkreises] wirkt sich meiner Meinung nach positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung [unseres Landkreises/unserer Gemeinde] aus.“) zustimmen. Zustimmung beinhaltet hier wieder die Antwortmöglichkeiten (1) und (2) auf einer Skala von (1) „Trifft voll und ganz zu“ bis (5) „Trifft überhaupt nicht zu“.

EE sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der Kommune auswirkt, sehen dies in der Gemeinde WO dagegen ungefähr neun von zehn der Befragten (88 %). Bei der Auswirkung auf das Arbeitsplatzangebot im Landkreis bzw. der Gemeinde stechen ebenfalls die Befragten der Gemeinde WO heraus: Über vier Fünftel (82 %) sehen eine positive Auswirkung auf das Arbeitsplatzangebot in der Gemeinde. In den beiden Landkreisen und der Gemeinde MO nehmen dies nur drei Fünftel (zwischen 56 % und 60 %) der Befragten an.

Vergleich zwischen soziodemographischen Gruppen

Mehr Befragte mit höherem Bildungsabschluss, Einkommen und Umweltbewusstsein stimmen den positiven Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Kommune als auch der positiven Auswirkung auf das Arbeitsplatzangebot zu. Während nur etwa drei Fünftel (61 %) der Hauptschulabsolventen eine positive Auswirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung annehmen, sind dies bei Abiturienten fast vier Fünftel (79 %). Bei der Gruppe mit niedrigem Umweltbewusstsein stimmt nur die Hälfte (51 %) der Befragten zu, bei der Gruppe mit hohem Umweltbewusstsein dagegen fast vier Fünftel (77 %). Ein geringerer Unterschied ist zwischen der niedrigsten (67 %) und höchsten (75 %) Einkommensklasse zu verzeichnen. Beim Alter ist eine gegenläufige Tendenz festzustellen: Die jüngste Altersgruppe geht zu fast drei Vierteln (74 %) von einer positiven Auswirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung der Kommune aus, die älteste Gruppe dagegen nur von etwa zwei Dritteln (65 %).³⁷ Große geschlechterspezifische Unterschiede sind bei diesem Aspekt nicht vorhanden.

Während etwa gleich viele Männer wie Frauen annehmen, dass sich der EE-Ausbau langfristig auch für sie als Bewohner finanziell lohnt, denken mehr männliche Befragte (38 %), dass nur Einzelne profitieren als weibliche Befragte (31 %). Bei der jungen Bevölkerungsgruppe geht die Hälfte (51 %) der Befragten davon aus, dass sich der EE-Ausbau langfristig für sie als Bewohner lohnt, bei der ältesten Altersgruppe sind es nur zwei Fünftel (42 %) der Befragten. Genauso viele Befragte mit Hauptschulabschluss (42 %) teilen diese Meinung, während die Hälfte der Befragten mit Abitur (52 %) zustimmt. Etwas deutlicher Unterschiede zeigen sich beim Umweltbewusstsein. Über die Hälfte (55 %) der Befragten mit hohem Umweltbewusstsein denken, dass sich der EE-Ausbau finanziell für die Bewohner lohnt, aber nur ein Drittel (34 %) der Befragten mit niedrigem Umweltbewusstsein. Demgegenüber nimmt fast die Hälfte (45 %) der Befragten mit niedrigem Umweltbewusstsein an, dass nur Einzelne vom EE-Ausbau finanziell profitieren und nur knapp ein Drittel (30 %) der Befragten mit hohem Umweltbewusstsein. Etwa ein Zehntel mehr Befragte mit Hauptschulabschluss (40 %) gehen ebenfalls von dieser Wirkung aus als befragte Abiturienten (29 %). Ähnliche Unterschiede sind auch zwischen niedrigem (37 %) und hohem (29 %) Einkommen zu verzeichnen. Beim Alter lässt sich die schwach ausgeprägte Tendenz feststellen, dass mit höherem Alter mehr Befragte (38 % gegenüber 32 % bei Befragten der jüngsten Gruppe) davon ausgehen, dass nur Einzelne vom EE-Ausbau profitieren.

³⁷ Bei Betrachtung der Antwortmöglichkeit (1) „Trifft voll und ganz zu“ ergibt sich ein umgekehrtes Bild: Mit einem Drittel (31 %) Zustimmung der jungen Altersgruppe gehen weniger junge Befragte von einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung auf die Kommune aus als ältere Befragte mit über zwei Fünftel (44 %) Zustimmung.

3.3.4 Vertrauen in die verschiedenen Akteure

Ergebnisse in der Gesamtstichprobe

Kommunalen Akteuren wird größeres Vertrauen entgegen gebracht als Akteuren außerhalb der Region. Jeweils ungefähr ein Drittel der Befragten bringen großes oder sehr großes Vertrauen gegenüber politischen Entscheidungsträgern (37 %), kommunalen Verwaltungsträgern (35 %) sowie kommunalen Anlagenbetreibern und Investoren (35 %) auf. Ein etwas geringeres Vertrauen haben die Befragten in die kommunalen Stadtwerke als Energieversorger (28 %).³⁸

Im Gegensatz dazu sprechen die Befragten überregionalen Akteure weniger Vertrauen aus. Nur etwa jeder Zehnte hält überregionale Anlagenbetreiber und Investoren (11 %) sowie große Energieversorger (9 %) für vertrauenswürdig.

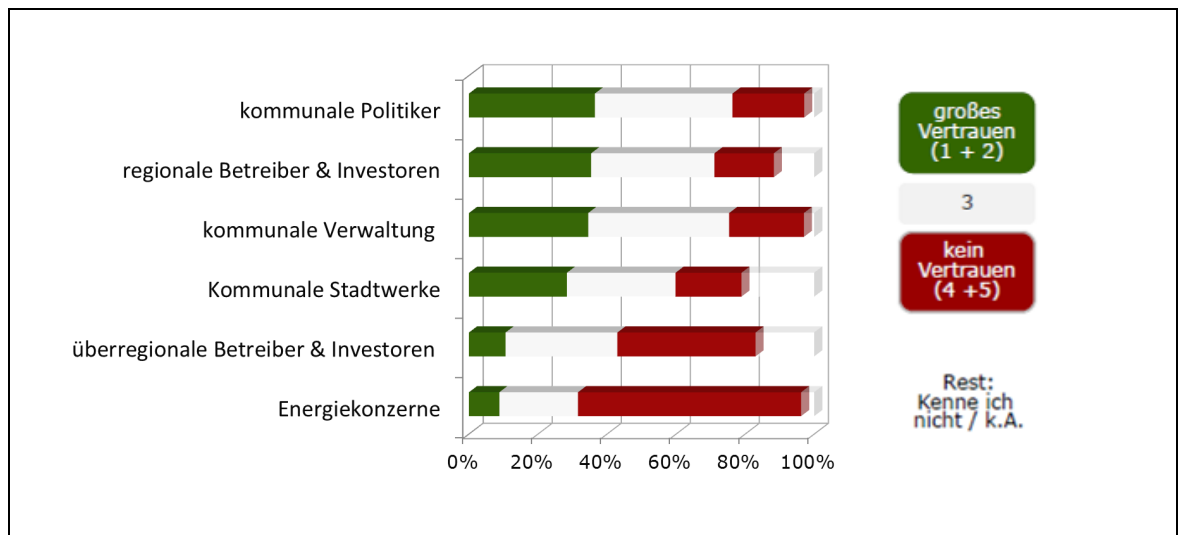


Abb. 3.5: Vertrauen in die verschiedenen Akteure

Vergleich zwischen Kommunen

In allen vier Kommunen wird zwar den kommunalen und regionalen Akteuren das größte Vertrauen entgegengebracht, dennoch unterscheiden sich vor allem die Angaben der Befragten in Gemeinden von denen in Landkreisen. In den beiden Gemeinden geben etwa zwei Drittel (63 %, MO) bzw. drei Viertel (76 %, WO) der Befragten an, großes Vertrauen in kommunale Politiker der Gemeinde zu haben. Dagegen teilt diese Meinung im Landkreis SHA nur ein Drittel (33 %) und im Landkreis

³⁸ Die hier dargestellten Prozentwerte den Anteil der Befragten an, die auf die Frage "Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von verschiedenen Personengruppen, die im Rahmen des Ausbaus von Erneuerbaren Energien in [Ihrem Landkreis / Ihrer Gemeinde] eine Rolle spielen. Sagen Sie mir bitte bei jeder dieser Personengruppen, wieder anhand der Skala von 1 bis 5, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen." mit (1) oder (2) auf eine r Skala von (1) „sehr großes Vertrauen“ bis (5) „überhaupt kein Vertrauen“ beantwortet haben.

LD nur ein Viertel (24 %) der Befragten. Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Vertrauen in die kommunale Verwaltung. In den Gemeinden haben etwas weniger als drei Fünftel (58 %, MO) bzw. sieben von zehn Befragten (70 %, WO) großes Vertrauen in diese; in den Landkreisen dagegen nur jeder Dritte (33 %, SHA) bzw. jeder Fünfte (21 %, LD). Beim Vertrauen in regionale Anlagenbetreiber und Investoren sticht ebenfalls die Gemeinde WO heraus: Drei Fünftel (61 %) der Befragten haben in diese großes Vertrauen, während dies in den anderen drei Kommunen weniger als zwei Fünftel angaben (LD: 38 %, MO: 33 %, SHA: 32 %). In allen Kommunen hat dagegen nur etwa jeder Zehnte großes Vertrauen in überregionale Anlagenbetreiber und Investoren. Ähnlich verhält es sich mit den großen Energieversorgern. Während in der Gemeinde MO und dem Landkreis SHA noch etwa jeder Zehnte großes Vertrauen in diese hat (MO: 13 %, SHA: 10 %), sind dies im Landkreis LD und der Gemeinde WO nur halb so viele (LD: 6 %, WO: 4 %).

Vergleich zwischen soziodemographischen Gruppen

Das Vertrauen in kommunale Politiker unterscheidet sich zwischen den verschiedenen untersuchten Gruppen nur. In kommunale Ämter und Behörden haben etwas mehr Männer (37 %) als Frauen (32 %) großes Vertrauen. Beim Einkommen sind ebenfalls nur tendenzielle Unterschiede zu beobachten: Mehr Befragte mit hohem Einkommen (38 %) haben großes Vertrauen in kommunale Behörden und Ämter als Befragte mit niedrigem Einkommen (32 %).

Kommunale Anlagenbetreiber und Investoren gegenüber äußern mehr Befragte mit hohem Umweltbewusstsein (40 %) großes Vertrauen als Befragte mit niedrigem Umweltbewusstsein (30 %). Bei überregionalen Anlagenbetreibern und Investoren lassen sich in keinem der Merkmale bedeutende Unterschiede erkennen. Großes Vertrauen in große Energiekonzerne haben weniger Befragte mit hoher Bildung, hohem Einkommen und hohem Umweltbewusstsein. Am meisten Hochschulabsolventen (12 %) haben großes Vertrauen in große Energieversorger, am wenigsten Abiturienten (5 %). Mit höherem Einkommen lässt sich eine sehr schwache Tendenz zu weniger Vertrauen in diese Akteursgruppe erkennen – 10 % der Befragten mit niedrigem Einkommen haben großes Vertrauen gegenüber 7 % bei hohem Einkommen. Am deutlichsten ist es bei den Gruppen mit verschiedenem Umweltbewusstsein. Fast ein Fünftel (17 %) der Befragten mit niedrigem Umweltbewusstsein hat großes Vertrauen in große Energiekonzerne, aber nur 5 % der Befragten mit hohem Umweltbewusstsein. Beim Geschlecht gibt es hingegen kaum Unterschiede.

3.3.5 Sonstige Aspekte beim Ausbau erneuerbarer Energien

Auf die *offen gestellte Frage*, welche sonstigen Aspekte beim Ausbau von Erneuerbaren Energien wichtig sind, wurden vor allem Themen, Probleme und Vorschläge genannt, die die Standortwahl, die Umweltwirkungen der Anlagen oder Information und Beteiligung der Bürger betreffen.

Die Anlagen (gleich welcher Energieart) sollen sich „in das Landschaftsbild einfügen“ und möglichst „außerhalb von Ortschaften“ errichtet werden. Es sollen sich daraus „keinerlei Nachteile für Mensch und Natur“ ergeben. Wichtig für die Bürger ist zudem, dass keine landwirtschaftlichen Nutzflächen „zugebaut“ werden oder darauf nicht ausschließlich Monokulturen für die Biomasse-nutzung angebaut werden. Mehr Informationen werden nicht nur allgemein über Erneuerbare Energien und deren Ausbau gewünscht, sondern auch über Fördermöglichkeiten von Privathaushalten sowie über finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten an den Anlagen. Von einzelnen Befragten wurde auch die kommunale Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien und die damit zusammenhängenden positiven regionalwirtschaftlichen Wirkungen als bedeutsam erachtet.

3.4 Aktive Akzeptanz - finanzielles und politisches Engagement

Im folgenden Kapitel werden u.a. Ergebnisse von Aussagen über eigenes Verhalten und prinzipiellen Handlungsbereitschaften abgefragt. Solche Aussagen zu selbstberichtetem Verhalten stimmen nicht immer mit objektiv beobachtbarem Verhalten überein und unterliegen – insbesondere im Bereich umweltrelevanten Handelns – verschiedenen Einflüssen, wie bspw. dem Phänomen der sozialen Erwünschtheit.

3.4.1 Informationsbeschaffung

Ergebnisse in der Gesamtstichprobe

Fast drei Viertel der Befragten (71 %) interessieren sich für die Nutzung erneuerbarer Energien in der Kommune.³⁹ Die am häufigsten verwendeten Medien zur Informationsbeschaffung und Meinungsbildung stellen für diese die Regionalpresse (72 %), das Amts-/Gemeinblatt (52 %), das Regionalradio/-fernsehen (43 %) und Informationsbroschüren bzw. Flyer von Initiativen u.a. (36 %) dar.⁴⁰ Auch in persönlichen Gesprächen mit Freunden und Bekannten informiert sich ein Großteil der Befragten (70 %) häufig über den Ausbau erneuerbarer Energien. Andere Informationsmöglichkeiten wie z.B. Informationsveranstaltungen zu bestimmten Anlagen (25 %), das Internet (20 %) oder Bürgerversammlungen (16 %) werden zu diesem Thema seltener genutzt.

Vergleich zwischen Kommunen

Das Interesse für die Nutzung von EE ist in allen Kommunen ähnlich hoch; im Landkreis LD interessieren sich mit 74 % am meisten der Befragten dafür, im Landkreis SHA mit 66 % die wenigsten. Die Informationsbeschaffung gestaltet sich jedoch unterschiedlich. In den Gemeinden spielt das Amts-/Gemeindeblatt die wichtigste Rolle – über vier Fünftel (WO: 81 %, MO: 82 %) der Befragten nutzen dies als Informationsmedium über EE. Im Landkreis SHA sind dies noch die Hälfte (55 %), im Landkreis LD wird es dagegen nur von knapp einem Drittel (29 %) der Befragten dazu genutzt. In den Landkreisen wird die Regionalpresse am häufigsten genutzt – in LD von 77 % der Befragten, in SHA von 69 % der Befragten. Regionalfernsehen und -radio spielen in der Gemeinde WO die geringste Rolle: Weniger als ein Drittel (29 %) nutzen diese Medien zur Information über EE, während diese in den anderen drei Kommunen von etwa zwei Fünftel genutzt werden (MO: 47 %, LD: 45 %, SHA: 42 %). Informationsveranstaltungen zu bestimmten Anlagen und Bürgerversammlungen werden in Gemeinden häufiger genutzt als in Landkreisen: in den Gemeinden nutzen etwa ein Drittel (32 %) der Befragten Informationsveranstaltungen und ein Viertel (25 %, MO) bzw. ein Fünftel (21 %, WO) Bürgerversammlungen zur Informationsbeschaffung. In den Landkreisen informieren sich nur etwa ein Fünftel (26 %, LD) bzw. ein Viertel (22 %, SHA) auf Informationsver-

³⁹ Vorhandenes Interesse meint hier die Nennung der Antwortmöglichkeiten (1) und (2) auf einer Skala von (1) „interessiere mich sehr“ bis (5) „interessiere mich überhaupt nicht“ auf die Frage "Wie stark interessieren Sie sich für die Nutzung von EE bei Ihnen in [Name der Gemeinde/des Landkreises]?"

⁴⁰ Bei dieser Frage wurde die Häufigkeit der Nutzung bestimmter Informationsquellen erfragt. Die zitierten Zahlen beziehen sich jeweils auf die Antwortmöglichkeiten (1) und (2) auf einer Skala von (1) „sehr häufig“ bis (5) „nie“.

anstaltungen und noch weniger (LD: 17 %, SHA: 11 %) auf Bürgerversammlungen. Informationsbroschüren oder Flyer werden dagegen von über zwei Fünftel (43 %) der Befragten des Landkreises LD herangezogen, von den Befragten der anderen Kommunen nur von etwa einem Drittel. Gemeinsam ist den Befragten der vier Kommunen, dass das Internet von sehr wenigen zur Information über EE genutzt wird (zwischen 17 % in MO und 22 % in WO).

Vergleich zwischen soziodemographischen Gruppen

Das Interesse für die Nutzung von EE in der Kommune äußern ein Zehntel mehr männliche (76 %) als weibliche (66 %) Befragte und am meisten Befragte der mittleren Altersgruppe (75 % gegenüber 70 % der ältesten Gruppe und 63 % der jüngsten Gruppe). Mit zunehmender Bildung, zunehmendem Einkommen und Umweltbewusstsein steigt das Interesse an. Den geringsten Unterschied gibt es zwischen den Einkommensklassen: Mehr als drei Fünftel (66 %) der Befragten mit niedrigem Einkommen interessiert sich für die Nutzung von EE in der Kommune und nahezu acht von zehn (77 %) der Befragten mit hohem Einkommen. Deutlicher ist es bei den Bildungsklassen: Zwei Zehntel mehr Abiturienten (82 %) als Hauptschulabsolventen (62 %) geben ein Interesse dafür an. Am deutlichsten ist die Differenz beim Umweltbewusstsein ausgeprägt: Über vier Fünftel (82 %) der Befragten mit hohem Umweltbewusstsein geben an, sich dafür zu interessieren und nur etwa drei Fünftel (57 %) der Befragten mit niedrigem Umweltbewusstsein.

In der Regionalpresse, dem am häufigsten verwendeten Medium, informieren sich etwas mehr Männer als Frauen (74 % Männer gegenüber 70 % Frauen). Während nur etwa die Hälfte (55 %) der jungen Altersgruppe sich darin informiert, machen dies bereits vier Fünftel (80 %) der ältesten Gruppe. Etwa ein Zehntel mehr Befragte mit hohem Umweltbewusstsein (77 %) als Befragte mit niedrigem Umweltbewusstsein (64 %) nutzen die regionale Presse.

Auch das Amts-/Gemeindeblatt wird von der ältesten Gruppe (54 %) häufiger genutzt als von Befragten der jüngsten Gruppe (43 %). Mit zunehmender Bildung wird es jedoch seltener als Informationsquelle herangezogen: Während noch drei Fünftel (61 %) der Hauptschulabsolventen sich im Amts-/Gemeindeblatt informieren, tun dies nur ca. zwei Fünftel (43 %) der Abiturienten.

Informationsveranstaltungen zu bestimmten Anlagen und Besichtigungen werden von mehr Männern (29 %) als Frauen (21 %) genutzt. Mit zunehmendem Alter, Einkommen und Umweltbewusstsein wird diese Art von Informationsquelle vermehrt wahrgenommen. Fast ein Zehntel mehr Befragte der ältesten Gruppe (28 %) informieren sich über den EE-Ausbau in der Kommune darüber als Befragte der jüngsten Gruppe (20 %). Ähnliche Unterschiede lassen sich auch bei den Einkommensklassen und beim Umweltbewusstsein beobachten.

Das Internet wird von mehr Männern (25 %) als Frauen (15 %) zur Information genutzt, ebenso von mehr Befragten der jungen Gruppe (25 %) gegenüber der ältesten Gruppe (14 %). Mit höherer Bildung und höherem Einkommen nutzen die Befragten dies ebenfalls häufiger (Abitur: 23 %, Hauptschulabschluss: 17 %; hohes Einkommen: 22 %, niedriges Einkommen: 17 %).

3.4.2 Meinungsäußerungen

Ergebnisse in der Gesamtstichprobe

Im Durchschnitt (aller Anlagenarten) äußern über drei Fünftel (63 %) der Befragten ihre eigene Meinung über EE im Bekanntenkreis oder am Arbeitsplatz.⁴¹ Alle anderen Formen der Meinungsäußerungen werden eher selten genutzt: Etwas mehr als einer von zehn äußert seine Meinung durch Unterschriftenaktionen (14 %) oder auf Bürgerversammlungen (13 %). Noch weniger geben ihre Meinung auf Bürgerinitiativen (7 %), via Internet (7 %) oder auf Demonstrationen (6 %) bekannt.

Vergleich zwischen Kommunen

Im kommunalen Vergleich äußern die Befragten des Landkreises LD bezüglich erneuerbarer Energien über alle Formen der Meinungsäußerungen am häufigsten ihre Meinung. Im Bekanntenkreis oder am Arbeitsplatz äußern im Landkreis LD über zwei Drittel (69 %) der Befragten ihre Meinung (in den anderen Kommunen liegen diese Werte zwischen 57 % und 60 %). Bei anderen Formen der Meinungsäußerung zeigen sich noch deutlicher Unterschiede. So haben z.B. 20 % der Befragten im Landkreis LD schon an einer Unterschriftensammlung und 14 % an einer Demonstration teilgenommen.

Vergleich zwischen soziodemographischen Gruppen

Die Meinungsäußerung im Bekanntenkreis oder am Arbeitsplatz nimmt mit höherer Bildung und höherem Einkommen zu. Während nur gut die Hälfte (53 %) der Befragten mit Hauptschulabschluss angaben, über EE zu diskutieren, waren es bei den Befragten mit Abitur bereits fast drei Viertel (73 %). Etwa drei Fünftel (57 %) der Befragten mit niedrigem Einkommen äußern ihre Meinung im Bekanntenkreis oder am Arbeitsplatz, nebst drei Viertel (73 %) jener Befragten mit hohem Einkommen.

An Unterschriftensammlungen nehmen etwas mehr weibliche (16 %) als männliche (12 %) Befragte teil. Beim Umweltbewusstsein gibt es eine deutlichere Tendenz: Während weniger als ein Zehntel (8 %) der Befragten mit niedrigem Umweltbewusstsein und nur etwas mehr (11 %) der Befragten mit mittlerem Umweltbewusstsein an Unterschriftensammlungen teilnimmt, nutzen dies ein Fünftel (20 %) der Befragten mit hohem Umweltbewusstsein.

An Bürgerversammlungen nehmen mehr Männer (15 %) als Frauen (10 %) teil. Mit zunehmendem Alter, höherer Bildung, höherem Einkommen und Umweltbewusstsein nimmt auch die Teilnahme an solchen Versammlungen zu. Etwa jeder zehnte Befragte (9 %) der jüngsten Gruppe gab an, an Bürgerversammlungen teilzunehmen gegenüber ungefähr jedem Siebten der mittleren (13 %) und ältesten (14 %) Gruppe.

⁴¹ Auf die Frage, wie die Befragten ihre Meinung zu den jeweiligen Anlagenarten zur Geltung bringen oder politisch Einfluss nehmen, konnte bezüglich verschiedenen Formen der Meinungsäußerung jeweils mit (1) „habe ich schon gemacht“, (2) „würde ich grundsätzlich machen“ oder (3) „würde ich grundsätzlich nicht machen“ geantwortet werden. Die hier genannte Prozentzahl beinhaltet alle Nennungen der Antwortmöglichkeit (1).

Männer und Frauen äußern ihre Meinung über EE etwa gleich häufig über das Internet. Mit zunehmendem Alter nimmt diese Art der Meinungsäußerung ab: Während noch fast ein Zehntel der jungen (9 %) und mittleren (8 %) Altersgruppe dies angab, waren es bei der ältesten Gruppe fast nur halb so viele (5 %). Sowohl mit höherem Einkommen als auch höherem Umweltbewusstsein steigt die Nutzung des Internets zur Meinungsäußerung. Ein Zehntel (10 %) der Befragten mit hohem Einkommen gaben dies an und jeweils nur 7 % der Befragten mit mittlerem oder niedrigem Einkommen. Ebenfalls ein Zehntel (10 %) der Befragten mit hohem Umweltbewusstsein äußert seine Meinung über das Internet und fast halb so viele (je 6 %) Befragte mit mittlerem oder niedrigem Umweltbewusstsein.

Die Teilnahme an Demonstrationen wird von Männern und Frauen gleichermaßen genutzt. Etwas seltener gaben dies die Befragten der jüngsten Gruppe an (5 %) als Befragte der mittleren und ältesten Gruppe (je 7 %). Auch hier ist ein deutlicherer Unterschied bezüglich des Umweltbewusstseins zu beobachten. Während kaum Befragte mit niedrigem Umweltbewusstsein (2 %) Demonstrationen zur Meinungsäußerung nutzen, tun dies bereits 5 % der Befragten mit mittlerem Umweltbewusstsein und ein Zehntel (10 %) der Befragten mit hohem Umweltbewusstsein.

3.4.3 Wärme: Aktuelle und gewünschte Heizformen

Ergebnisse in der Gesamtstichprobe

Bei der Art der Heizung wurde sowohl die aktuell vorhandene als auch die gewünschte Versorgungsart abgefragt.⁴² Als aktuelle Heizform werden am häufigsten Heizöl (von 44 % der Befragten), Stückholz (42 %) und Erdgas (24 %) genannt.⁴³ Gewünscht werden zur häuslichen Wärmeversorgung zwar ebenfalls häufig Stückholz (von 36 % der Befragten), von ebensoviel Interviewten jedoch Solarwärme (36 %), gefolgt von Geothermie-Wärmepumpen (22 %) und Holzpellets (20 %). Gegenüber Nahwärmenetzen, dessen Wärme durch erneuerbare Energien (z.B. Biogasanlagen und Biomasseheizwerken) produziert wird, besteht eine prinzipielle Offenheit. So nennen zwar nur 7 % der Befragten Nahwärme als Wunsch-Heizform - auf die direkte Frage, inwieweit ein Anschluss an ein durch erneuerbare Energien gespeistes Nahwärmenetz in Frage kommt, geben jedoch mehr als vier von zehn Befragten (44 %) eine prinzipielle Anschlussbereitschaft an.⁴⁴

Vergleich zwischen Kommunen

Als aktuelle Heizform spielt zwar in allen vier Kommunen Heizöl eine wichtige Rolle, besonders dominant ist es jedoch in der Gemeinde MO: Etwa zwei Drittel (67 %) der Befragten gaben an, unter anderem mit Heizöl ihr Haus bzw. ihre Wohnung zu heizen. Die geringste Rolle spielt Heizöl im

⁴² Bei dieser Frage waren bis zu fünf Nennungen der aktuellen („Womit wird Ihre Wohnung / Ihr Haus geheizt?“) und gewünschten („Womit würden Sie am liebsten heizen?“) Heizform möglich. Die angegebenen Prozentzahlen beziehen sich jeweils auf die Grundgesamtheit der Befragten (Prozent der Fälle).

⁴³ Hier ist zu beachten, dass keine Reihung der Heizformen stattgefunden hat. Stückholz bezieht sich hier vermutlich oft auf eine sekundäre (zusätzliche) Heizquelle neben einer Haupt-Heizung.

⁴⁴ Prinzipiell Bereitschaft meint hier die Nennung von (1) oder (2) auf einer Skala von (1) „auf jeden Fall“ bis (5) „auf keinen Fall“ auf die Frage „Inwieweit kommt für Sie ein Anschluss an ein Nahwärmenetz, dessen Wärme durch Erneuerbare Energien (z.B. Biogasanlagen und Biomasseheizwerken) produziert wird, in Frage?“

Landkreis LD: Weniger als ein Drittel (30 %) der Befragten heizen mit dieser Ressource. Dort spielt dagegen Erdgas eine deutlich größere Rolle: Fast zwei Fünftel (39 %) der Befragten gaben Erdgas als aktuelle Heizform an. Im Landkreis SHA waren dies nur ein Viertel (24 %) und in den beiden untersuchten Gemeinden ist Erdgas zu vernachlässigen. Bezüglich der gewünschten Art der Heizung sind kaum Unterschiede zwischen den Kommunen beobachtbar.

Vergleich zwischen soziodemographischen Gruppen

Ein Anschluss ans Nahwärmenetz, dessen Wärme durch EE produziert wird, kommt für mehr Männer (47 % gegenüber 40 % bei Frauen) in Frage. Bei den Altersgruppen gibt es kaum Unterschiede. Für Befragte mit Abitur kommt ein Anschluss an ein solches Nahwärmenetz häufiger (54 %) in Frage als Personen mit Hauptschulabschluss (36 %). Beim Einkommen gibt es geringere Unterschiede (51 % bei Befragten mit hohem Einkommen gegenüber 42 % bei Befragten mit niedrigem Einkommen). Auch Personen mit hohem Umweltbewusstsein geben deutlich häufiger eine solche Bereitschaft an (50 % gegenüber 32 % bei Personen mit niedrigem Umweltbewusstsein).

Auch bei der Frage, inwieweit eine Heizung mit Holzpellets in Frage kommt, sind tendenzielle Unterschiede bezüglich Geschlecht, Alter und Umweltbewusstsein zu beobachten. Etwas mehr weibliche Befragte (39 %) geben an, dass dies für sie in Frage kommt, als männliche Befragte (32 %). Für die jüngste Altersgruppe (39 %) kommt eine solche Heizung häufiger in Frage als für die älteste Gruppe (28 %). Befragte mit niedrigem Umweltbewusstsein (27 %) sind seltener für eine Heizung mit Holzpellets bereit als Befragte mit hohem Umweltbewusstsein (40 %).

3.4.4 Strom: Anbieter, Bezug und Zahlungsbereitschaften von Ökostrom

Ergebnisse in der Gesamtstichprobe

Über die Hälfte (58 %) der Befragten bezieht den Strom von einem überregionalen Anbieter und fast zwei Fünftel (37 %) wählten einen regionalen Energieversorger.

Mehr als jeder dritte Befragte (35 %) bezieht nach eigenen Angaben Ökostrom.⁴⁵ Bundesweit liegt dieser Wert bei etwa 8 % (vgl. BMU, UBA 2010: 37) bis 9 % (vgl. Bundesnetzagentur 2011: 150).

Von den Interviewten, die noch keinen Ökostrom beziehen, wäre mehr als jeder Zweite (54 %) grundsätzlich dazu bereit, einen Aufpreis für Strom aus EE zu bezahlen.⁴⁶ Von den Personen, die keinen Aufpreis für Strom aus EE bezahlen würden, wäre wiederum fast ein Drittel (30 %) dazu bereit, wenn der Strom aus EE von einem regionalen Stromanbieter kommt.

Vergleich zwischen Kommunen

Die Gemeinde WO ist die Kommune, in der – nach eigenen Angaben – über die Hälfte (51 %) der Befragten Ökostrom bezieht. Die Bereitschaft, einen Aufpreis auf Ökostrom zu zahlen, ist in allen

⁴⁵ Antwort „Ja“ auf die Frage „Beziehen Sie Strom aus Erneuerbaren Energien, sogenannten Ökostrom?“

⁴⁶ Antwort „Ja“ auf die Frage „Wären Sie grundsätzlich bereit, einen Aufpreis für Strom aus Erneuerbaren Energien zu bezahlen?“. Diese Frage wurde nur den Studienteilnehmern gestellt, die keinen Ökostrom beziehen.

Kommunen vergleichbar. Vergleiche hinsichtlich des (insb. regionalen) Stromanbieters lassen sich aufgrund unterschiedlicher Angebotsstrukturen zwischen den Kommunen nicht ziehen.

Vergleich zwischen soziodemographischen Gruppen

Mit zunehmendem Alter beziehen weniger Befragten ihren Strom von einem regionalen Anbieter: Während noch etwa zwei Fünftel (41 %) der Befragten der jüngsten Gruppe ihren Strom von einem regionalen Energieversorger beziehen, sind dies nur ein Drittel (33 %) der Befragten der ältesten Gruppe. Beim Einkommen ist die Tendenz festzustellen, dass mit zunehmendem Einkommen mehr Befragte den regionalen Energieversorger wählten: Über zwei Fünftel (42 %) der Befragten mit hohem Einkommen wählten diesen gegenüber einem Drittel (35 %) der Befragten mit niedrigem Einkommen.

Etwas mehr Befragten der mittleren Altersgruppe beziehen Ökostrom (39 % gegenüber 31 % bei der jungen Gruppe und 30 % bei der ältesten Gruppe), sind bereit einen Aufpreis für Ökostrom zu bezahlen (56 % gegenüber 53 % bei der jüngsten Gruppe und 51 % bei der ältesten Gruppe) bzw. einen Aufpreis zu zahlen, wenn der Ökostrom aus der Region kommt (33 % gegenüber 28 % bei der jüngsten Gruppe und 26 % bei der ältesten Gruppe). Am häufigsten beziehen Befragte mit Abitur (46 %) Ökostrom. Ebenso sind mehr Befragte mit hohem Einkommen (42 %) unter den Beziehern von Ökostrom als Befragte mit niedrigem Einkommen (29 %). Letztere würden auch seltener einen Aufpreis für Ökostrom bezahlen (48 % gegenüber 62 % bei der Gruppe mit hohem Einkommen), auch wenn der Ökostrom aus der Region kommt (25 % gegenüber 33 % bei der Gruppe mit hohem Einkommen). Befragte mit hohem Umweltbewusstsein sind fast doppelt so häufig Abnehmer von Ökostrom (43 %) als Befragte mit niedrigem Umweltbewusstsein (22 %). Eine ähnliche Differenz ist bei der Bereitschaft, für Ökostrom einen Aufpreis zu bezahlen, zu sehen (34 % bei der Gruppe mit niedrigem Umweltbewusstsein gegenüber 68 % bei der Gruppe mit hohem Umweltbewusstsein).

3.4.5 Besitz, Beteiligungen und Beteiligungsbereitschaften an Anlagen

Ergebnisse in der Gesamtstichprobe

Nach eigenen Angaben sind 7 % der Befragten in Form von Anteilen oder eines Fonds an Solaranlagen, 4 % an Windkraftanlagen und 3 % an Biogasanlagen beteiligt. Über alle Anlagenarten hinweg besteht eine hohe prinzipielle Bereitschaft zur finanziellen Beteiligung an EE-Anlagen bei den Befragten, die noch nicht an einer jeweiligen Anlage beteiligt sind (54 % bei Solaranlagen, 49 % bei Windkraftanlagen und 35 % bei Biogasanlagen).⁴⁷

⁴⁷ Prinzipielle Bereitschaft meint hier die Nennung von (1) „Ja, auf jeden Fall“ oder (2) „Ja, möglicherweise“ auf die Frage „Wären Sie grundsätzlich bereit, sich finanziell in Form von Anteilen oder einem Fond an einer Anlage (getrennt nach PV, Wind und Biomasse) zu beteiligen?“. Diese Frage wurde allen gestellt, die nicht an einer Anlage beteiligt sind.

Solaranlagen (Photovoltaik oder Solarthermie) in privatem Besitz sind dagegen stärker verbreitet: Nach eigenen Angaben besitzt knapp jeder Dritte (31 %) eine Photovoltaik- und/oder Solarthermieanlage. Drei Viertel der Befragten (75 %) ohne eigene Solaranlage wären grundsätzlich zur Installation einer solchen bereit.

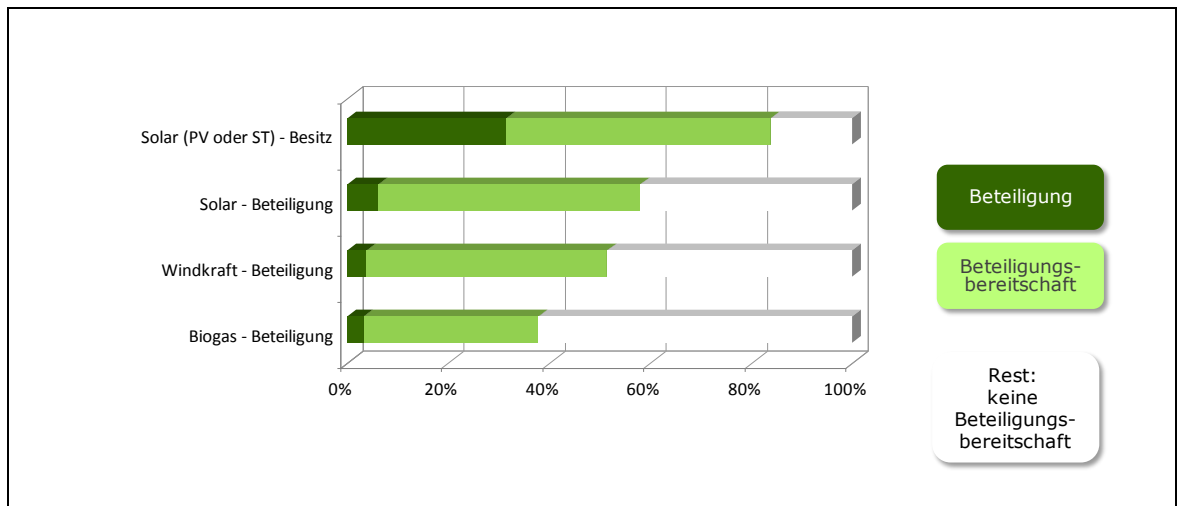


Abb. 3.6: Besitz, Beteiligung und Beteiligungsbereitschaften

Vergleich zwischen Kommunen

Aufgrund der geringen Fallzahlen vorhandener Beteiligungen lassen sich diesbezüglich keine vergleichenden Aussagen zwischen Kommunen oder soziodemographischen Gruppen treffen.

Nach eigenen Angaben im Besitz einer Solaranlage sind die meisten Befragten in der Gemeinde WO: Mehr als drei Fünftel (62 %) der Befragten gibt an, eine eigene Solar- und/oder Photovoltaikanlage zu besitzen. Im Landkreis SHA, zu dem die Gemeinde WO gehört, sind es deutlich weniger (38 %).

Die Bereitschaft an einer finanziellen Beteiligung von Solaranlagen ist in den beiden Landkreisen etwas höher als in den Gemeinden. Über die Hälfte würde sich finanziell beteiligen (LD: 57 %, SHA: 56 %), während dies in den Gemeinden etwas weniger als die Hälfte der Befragten angeben (MO: 49 %, WO: 47 %). Der deutlichste Unterschied ist jedoch bei Biogasanlagen festzustellen: Während in den beiden Gemeinden MO und WO sowie im Landkreis SHA nur etwa ein Drittel bereit ist, sich finanziell an Biogasanlagen zu beteiligen, sind dies im Landkreis LD mehr als zwei Fünftel (42 %).

Vergleich zwischen soziodemographischen Gruppen

Eine eigene Solaranlage besitzen am häufigsten Befragte im mittleren Alter (35 %), Befragte der ältesten Gruppe (23 %) am seltensten. Deutlich größer ist der Unterschied zwischen Befragten mit niedrigem Einkommen, von welchen ein Fünftel (20 %) eine eigene Anlage installiert hat, und Befragten mit hohem Einkommen (40 %). Der Unterschied zwischen den Befragten mit niedrigem Umweltbewusstsein und denen mit hohem Umweltbewusstsein ist dagegen gering (26 % mit nied-

rigem Umweltbewusstsein, 33 % mit hohem). Die Bereitschaft, eine eigene Solar- und/oder Photovoltaikanlage zu installieren, ist bei den Befragten der ältesten Gruppe deutlich geringer (63 %) als bei der jüngsten befragten Gruppe (84 %). Befragten mit niedrigem Einkommen sind nur geringfügig seltener bereit zur Installation einer eigenen Anlage (71 % gegenüber 81 % bei hohem Einkommen). Die befragten Personen mit hohem Umweltbewusstsein sind zu vier Fünfteln (81 %) bereit, eine eigene Anlage zu installieren, während die Personen mit niedrigem Umweltbewusstsein nur zu zwei Dritteln (66 %) eine Anlage installieren würden.

Die Bereitschaft zur finanziellen Beteiligung zeigt bei allen drei EE-Technologien ähnliche Tendenzen: Mit zunehmendem Alter sinkt diese Bereitschaft. Sie steigt jedoch mit höherer Bildung, höherem Einkommen und Umweltbewusstsein an. Bei Windkraft- und Solar- und Biogasanlagen sind weniger Befragte der ältesten Gruppe zur finanziellen Beteiligung bereit (Windkraft: 39 %, Solar: 44 %, Biogasanlage: 29 %) als Befragte der jüngsten Gruppe (Windkraft: 53 %, Solar: 59 %, Biogasanlage: 39 %). Die höchste Differenz zwischen der Bereitschaft der Befragten mit niedrigem Einkommen (52 %) und derer mit hohem Einkommen (69 %) ist bei den Solaranlagen zu beobachten. Die deutlichsten Unterschiede gibt es beim Umweltbewusstsein: Fast zwei Drittel der Befragten mit hohem Umweltbewusstsein (63 %) sind bereit sich an einer Solaranlage zu beteiligen, im Vergleich zu etwas über einem Drittel der Befragten mit niedrigem Umweltbewusstsein (37 %). Ähnliche Unterschiede lassen sich auch bei der Beteiligungsbereitschaft gegenüber Windkraftanlagen beobachten.

4 Ausblick

Der hier vorliegende Ergebnisbericht stellt nur eine Zwischenauswertung einer in 2012 fortgeführten Befragung dar. Nach Durchführung und Auswertung der Wiederholungsbefragung werden die Ergebnisse der gesamten Untersuchung im ersten Quartal 2013 veröffentlicht. Neben den hier dargestellten Unterschieden zwischen den Kommunen und verschiedenen Bevölkerungsgruppen werden dabei auch zeitliche Entwicklungen thematisiert. Zudem werden in diesem Bericht erste Schlussfolgerungen der Ergebnisse (sowohl für die weitere Forschung, als auch Handlungsempfehlungen für die Praxis) dargestellt.

5 Literaturverzeichnis

- Ahrer, W.; Trogisch, S., Weran, N.; Reindl, K. (2007): Biogasakzeptanz. Erstellung eines Bewertungstools für die regionale Akzeptanz von Biogasanlagen mit Energiesystempflanzen sowie deren Eignung und Verfügbarkeit. Berichte aus Energie- und Umweltforschung 50/2007. BMVIT.
- Ajzen, I. (1991): The theory of planned behavior. *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, 50, 179-211.
- Aretz, A.; Hauber, J.; Kreß, M.; Ruppert-Winkel, C.; Schlager, P.; Schmieder, K.; Stablo, J.; Trommler, M. (2009): Regionale Selbstversorgung mit Erneuerbaren Energien. Ein inter- und transdisziplinäres Projekt der sozialökologischen Forschung. *Ökologisches Wirtschaften* 4/2009.
- BMU; UBA (2010): Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4045.pdf> (30.05.2012).
- Bundesnetzagentur (2011): Monitoringbericht 2011. http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/BNetzA/Presse/Berichte/2011/MonitoringBericht2011.pdf?__blob=publicationFile (30.05.2012).
- Dethloff, C. (2004): Akzeptanz und Nicht-Akzeptanz von technischen Produktinnovationen. Lengerich: Pabst Science Publishers.
- Dienel, H.; Walk, H. (2008): Neue Impulse für die Akzeptanz und Nutzung erneuerbarer Energien. Schlussbericht zum Forschungsvorhaben Energieregion Lausitz. ZTG – Zentrum Technik und Gesellschaft an der TU Berlin.
- Esser, H. (2002): Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 1: Situationslogik und Handeln, Frankfurt/New York, Campus Verlag.
- Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung (Hrsg.) (2011): Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft. Im Auftrag der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Berlin.
- Eurobarometer (2008): Einstellungen der europäischen Bürger zum Klimawandel. Special Eurobarometer 300. Wave 69.2 – TNS Opinion & Social.
- Eurobarometer (2009): Europeans' attitudes towards climate change. Special Eurobarometer 313. Wave 71.1 – TNS Opinion & Social.
- Heiskanen, E.; Hodson, M.; Mourik, R.M. et al. (2007): Factors influencing the societal acceptance of new energy technologies: Meta-analysis of recent European projects. Deliverable 3.1, 3.2, 4 WP2 Draft Report. Developed in the Create Acceptance project.
- Hüsing, B.; Bierhals, R.; Bührlen, B. et al. (2002): Technikakzeptanz und Nachfragemuster als Standortvorteil. Abschlussbericht an das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Karlsruhe: Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (Fraunhofer ISI).
- Katz, D. (1960): The functional approach to the study of attitudes. *Public Opinion Quarterly* 24, S.163-204.
- Lucke, D. (1995): Akzeptanz. Legitimität in der „Abstimmungsgesellschaft“. Opladen: Leske + Budrich.
- Matthies, E., Homberger, I.; Matthäus, S. et al. (Hrsg.) (2004): Lokale Agenda-Prozesse psychologisch steuern. Berlin: Pabst Science Publishers.
- Matthies, E. (2005): Wie können PsychologInnen ihr Wissen besser an die PraktikerInnen bringen? Vorschlag eines neuen integrativen Einflusschemas umweltbewussten Alltagshandelns. *Umweltpsychologie* 9/1, S. 62-81.

- Öko-Institut (2010): CO₂-Einsparpotenziale für Verbraucher, Freiburg.
- Preisendörfer, P. (1998): Umweltbewusstsein in Deutschland 1998. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Bonn.
- Reiche, D. (2004): Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen einer Vorreiterrolle. Frankfurt: Peter Lang.
- Rohracher, H.; Späth, T.; Bogner, P.; Faber, F. (2004): Improving the Public Perception of Bioenergy in Europe. Final Report.
- Ruppert, C. (2008): Selbstversorgung mit erneuerbaren Energien. Stadt und Gemeinde 10/2008. S. 370-372.
- Schlegel, S.; Bausch, C. (2007): Verbundforschungsprojekt „Akzeptanz und Strategien für den Ausbau Erneuerbarer Energien auf kommunaler und regionaler Ebene“. Endbericht zum Teilbericht B – Akzeptanzuntersuchung Erneuerbarer Energien auf regionaler Ebene.
- Schweizer-Ries, P. (2008): Energy sustainable communities. Environmental psychological investigations. Energy Policy 36/11, S. 4126-4135.
- trend:research (2011): Marktakteure- Erneuerbare-Energien-Anlagen in der Stromerzeugung. Forschungsbericht im Rahmen des Projekts „Genossenschaftliche Unterstützungsstrukturen für eine sozialräumliche Energiewirtschaft“.
- Umweltbundesamt; IFEU (2007): Die CO₂ Bilanz des Bürgers, Recherche für ein internetbasiertes Tool zur Erstellung persönlicher CO₂ Bilanzen.
- Umweltbundesamt (2011): Energieeffizienz in Zahlen, Endbericht, Climate Change 13/2011, Dessau-Roßlau.
- Wüstenhagen, R.; Wolsink, M.; Bürer, M. (2007): Social acceptance of renewable energy innovation: An introduction to the concept. Energy Policy 35/5, S. 2683 – 2688.

GESCHÄFTSTELLE BERLIN

MAIN OFFICE

Potsdamer Straße 105

10785 Berlin

Telefon: + 49 – 30 – 884 594-0

Fax: + 49 – 30 – 882 54 39

BÜRO HEIDELBERG

HEIDELBERG OFFICE

Bergstraße 7

69120 Heidelberg

Telefon: + 49 – 6221 – 649 16-0

Fax: + 49 – 6221 – 270 60

mailbox@ioew.de

www.ioew.de